

PUBLIC EYE MAGAZIN

Nr. 41 April 2023

UKRAINEKRIEG

# Das russische Erdöl kennt keine Krise



Public Eye

## Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender\*innen möglich.

### Sie sind bereits Mitglied?

Herzlichen Dank!

Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken.

[publiceye.ch/geschenkabo](http://publiceye.ch/geschenkabo)

### Sie sind noch nicht Mitglied?

Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin.

[publiceye.ch/mitglieder](http://publiceye.ch/mitglieder)

### Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen?

Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo.

[publiceye.ch/schnupperr](http://publiceye.ch/schnupperr)

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

#### REDAKTION & PRODUKTION

Romeo Regenass (D) und Ariane Bahri (F)

LAYOUT & INFOGRAFIK  
[opak.cc](http://opak.cc)

TITELBILD  
Tatiana Meel/Reuters

DRUCK  
Stämpfli Kommunikation, Bern  
Rebello & PerlenValue, FSC

AUFLAGE  
D: 30 800 Ex. / F: 10 000 Ex.

ISSN  
2504-1266

KONTAKT  
Public Eye  
Dienersstrasse 12  
Postfach, 8021 Zürich

Tel. +41 (0)44 2 777 999  
[kontakt@publiceye.ch](mailto:kontakt@publiceye.ch)  
[publiceye.ch](http://publiceye.ch)

Das Public Eye Magazin erscheint sechs Mal pro Jahr in Deutsch und Französisch. Mitgliedschaft inklusive Abonnement 75 Franken pro Jahr.

SPENDENKONTO  
IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4



## Swiss Finish statt Fair Play beim Russlandembargo

Mehr als ein Jahr russischen Angriffskrieges in der Ukraine, Zehntausende Tote, unermessliches Leid und zerstörter Lebensraum. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass Kriege ein Vergrößerungsglas sind. Der durch einen Wahnsinnigen namens Putin ausgelöste Krieg ist keine Ausnahme. Er erzählt uns unterschwellig von der Verantwortung der Schweiz und ihren wahren Interessen.

Jahrzehntelang machte das kleine «neutrale» Land gutes Geld damit, dass seine Banken die Milliarden der russischen Oligarchen, die ein immer autoritäreres Regime unterstützten, mit offenen Armen aufnahmen. Sein Handelsplatz, ein Paradies der Deregulierung und Undurchsichtigkeit, berauschte sich am Handel mit Metallen, Kohle und Erdöl aus Russland. Der russische Riese Rosneft, der die Kriegsmaschinerie in der Ukraine antreibt, war in Genf zu Hause und hatte die grössten Rohstoffhändler des Platzes als Schlüsselpartner.

Es bedurfte des unerhörten Schocks vom 24. Februar 2022, um den langen Flitterwochen ein Ende zu setzen. Unterdessen übernimmt die Schweiz die von der Europäischen Union gegen Russland verhängten Sanktionspakete (inzwischen ist es das zehnte). Anfang Dezember 2022 schloss sich die Schweiz einem historischen Embargo gegen russisches Öl an, das von rund 40 westlichen Ländern verhängt worden war; es zeichnet die globale Energiekarte neu und hat die Genfer Handelsbranche in höchste Aufruhr versetzt (siehe Bericht ab Seite 4).

Mutter Helvetia macht jedoch nichts wie die anderen. Sie spielt zwar mit, aber ihr Schiedsrichter hat das Wichtigste in der Garderobe vergessen: seine Pfeife. Und erwarten Sie nicht, dass er die gelbe oder die rote Karte zückt. Die Spieler sind aufgefordert, «sich selbst zu regulieren»!

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ist dieser Schiedsrichter ohne Pfeife. Anders als Brüssel, Washington oder London sieht unser Land keine proaktiven Massnahmen vor, um sicherzustellen, dass sich die Rohstoffhändler an das Embargo halten und den Mechanismus des Preisdeckels anwenden – also russische Rohölfässer für weniger als 60 US-Dollar aufkaufen. «Wir wollen mit dem Preisdeckel keine unnötigen bürokratischen Hürden für die Industrie schaffen», so das Seco sinngemäss.

Die Botschaft wurde mit Sicherheit gehört.

**Agathe Duparc**, Rechercheurin Rohstoffe und Korruption

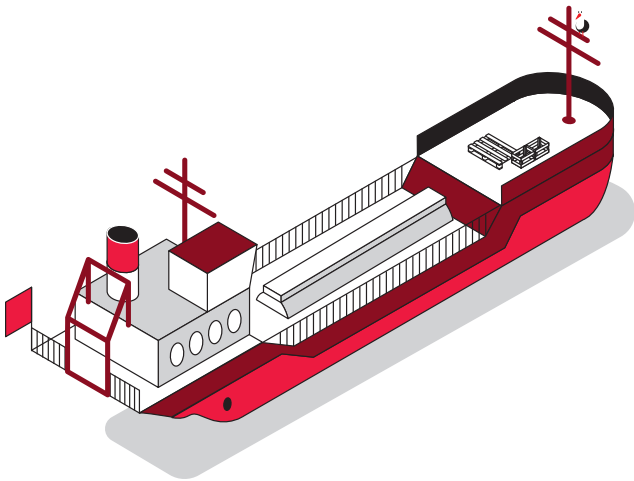




### 04 **Der halbbatzige Abschied der Schweiz vom Handel mit dem russischen Erdöl**

Die Umsetzung des Embargos gegen Erdöl aus Russland hat den Rohstoffhandelsplatz Schweiz umgepflügt: An die Stelle der grossen Händler, einst wichtige Partner des Putin-Regimes, traten unbekannte Namen. Sie stehen unter Verdacht, als Strohfirmer für die grossen Akteure zu fungieren.

Zu diesem Versteckspiel passt, dass in Dubai, das keine Sanktionen gegen Russland verhängt hat, immer neue Pop-up-Firmer in das Geschäft einsteigen – zum Teil mit Schweizer Beteiligten.



### 20 **Einsatz für Menschenrechte in der Ukraine auch im Krieg**

Das Centre for Civil Liberties in Kiew hat 2022 den Friedensnobelpreis erhalten. Unter anderem dokumentiert es Kriegsverbrechen. Interview mit Geschäftsführerin Sascha Romanzowa.

### 24 **Geheime Rabatte auf Medikamente wirken nicht**

Mit Geheimrabatten gewähren die Schweizer Behörden der Pharma noch mehr Privilegien. Die Gesundheitskosten werden damit aber nicht gesenkt. Da gäbe es andere, wirksame Mittel.

### 28 **Syngenta darf weiterhin die Natur patentieren**

Das Europäische Patentamt hat im Februar einen Einspruch gegen ein Peperonipatent des Basler Konzerns abgewiesen. Nun darf Syngenta eine gewöhnliche Peperoni immer noch als seine Erfindung beanspruchen.

### 32 **Rana Plaza: Die Opfer der Tragödie leiden noch immer**

Zehn Jahre nach der Katastrophe in der Textilfabrik in Bangladesch sind die Betroffenen noch immer nicht richtig entschädigt worden. Und die Arbeit in den Fabriken im Lande bleibt prekär, ein Existenzlohn ist nicht in Sicht.





# Die Schweiz und der Handel mit russischem Öl: ein trügerischer Abschied?

Seit Anfang Februar darf in rund 40 westliche Länder, darunter auch die Schweiz, auf dem Seeweg kein russisches Rohöl oder Raffinerieprodukte mehr eingeführt werden. Zudem gilt ein Preisdeckel für den Handel. Dieses historische Embargo beendete eine lange Liaison zwischen Genf und dem schwarzen Gold Russlands. Die grössten Händler, einst wichtige Partner des Putin-Regimes, mussten ihre Verbindungen zu Russland kappen. An ihre Stelle traten kleine Firmen mit unbekanntem Profil, die schnell in den Verdacht gerieten, in einem immer undurchsichtigeren Markt als Strohfirmer für die grossen Akteure zu fungieren. Public Eye hat diesen gewaltigen Umbruch recherchiert.

AGATHE DUPARC, ROBERT BACHMANN UND MANUEL ABEBE

Auf dem Bildschirm erscheint eine lange Liste von Schiffen. Der Blick fällt auf diejenigen, die in roten Buchstaben mit «kritischer Status» gekennzeichnet sind. Es ist Februar 2023, wir befinden uns im Handelsraum eines Genfer Rohstoffhändlers. Wie andere Marktteilnehmer ist er seit Kurzem verpflichtet, die «bösen Schiffe», wie sie hier genannt werden, ausfindig zu machen. Meist handelt es sich dabei um Öltanker, die ihre Flagge gewechselt haben, um ihre russische Herkunft zu verschleiern, oder die in den letzten Monaten in russischen Häfen beladen wurden und möglicherweise mit russischen Personen oder Unternehmen in Verbindung stehen, gegen die Sanktionen verhängt wurden. So wie die Minerva Nounou, die unter maltesischer Flagge fährt. Seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine am 24. Februar 2022 hat der 17 Jahre alte Tanker rund ein Dutzend Mal in russischen Häfen angelegt, darunter Ust-Luga und Primorsk.

Eine Software vervollständigt das Bild, indem sie verdächtige Vorfälle aufspürt: Diese haben explosionsartig zugenommen. So fällt ein Schiff auf, das auf hoher See seinen Transponder (das automatische Identifikationssystem, mit dem man seine Position ermitteln kann) abschaltet oder in internationalen Gewässern neben einem anderen Schiff anhält, möglicherweise, um seine Ladung umzupumpen. Solche Ship-to-Ship-Transfers (STS) sind eine der einfachsten Möglichkeiten, den Ursprung einer sanktionierten Ware zu verschleiern.

«Das Verfolgen von Schiffen ist nichts Neues. Früher ging es hauptsächlich darum, sich über die Aktivitäten der Konkurrenz oder die Lieferkette zu informieren. Heute will man damit verhindern, bei jemandem einzukaufen, dessen Ware oder Schiff unter Sanktionen steht», erklärt eine Person, die den ganzen Tag vor diesem Bildschirm sitzt. «Aber es wird jeden Tag komplizierter», fügt sie hinzu, «die Tanker ändern regelmässig ihren Namen und ihre Flagge.» Gleichzeitig habe Moskau eine «Geisterflotte» aufgebaut, indem russische Akteure inkognito alte Tanker aufkauften, deren Verbindungen zu Russland kaum nachvollziehbar sind. →

← Der Öltanker Viera, registriert im afrikanischen Gabun, löscht seine Fracht am Ölterminal des Hafens von Yantai im Nordosten Chinas.

«Willkommen im zunehmend aufgesplitterten und undurchsichtigen globalen Ölbusiness. Da gibt es Marktteilnehmer, die sich an die Sanktionen halten, und andere, die in die Gegenrichtung unterwegs sind. Der Grat dazwischen ist sehr schmal!», fasst ein namentlich nicht genannt sein wollender Trader zusammen. Seit über einem Jahr verfolgt die gesamte Branche in Genf hektisch die Schiffe wie in einem Videospiel und versucht gleichzeitig, mit den neuesten, vom Westen verhängten Sanktionen Schritt zu halten. Dazu ist eine Armada von Jurist\*innen und Rechtsanwält\*innen angestellt, die die Vertragstexte bis auf das kleinste Komma sezieren.

Die Schweiz steht bei diesem gewaltigen Umbruch in der ersten Reihe. Vor dem Krieg wurden 50 bis 60 % des für den Export bestimmten russischen Erdöls von Schweizer Händlern verkauft, die hauptsächlich in Genf ansässig waren. Die Banken des Schweizer Finanzplatzes vergaben fast ohne Überprüfung Kreditlinien in Milliardenhöhe, und die grössten Händler – Trafigura, Vitol und Glencore – waren wichtige Partner des zunehmend autoritären Regimes von Wladimir Putin. Das machte die Schweiz zum Hauptdealer eines Europas, das süchtig nach russischem Öl war. 2021 importierte Europa laut der U.S. Energy Information Administration (EIA) täglich 2,3 Millionen Barrel Rohöl und Ölprodukte (hauptsächlich Diesel) aus Russland, das insgesamt 4,7 Millionen Barrel exportierte. Ein Barrel sind 159 Liter.

### Embargo mit Spätzünder

Diese langen Flitterwochen endeten am 3. Juni 2022 mit der Ankündigung eines künftigen europäischen Embargos für russisches Öl, das dem im März von den USA verhängten Embargo folgen sollte. Diese Sanktionen wurden eine Woche später von der Schweiz übernommen. In Genf geriet die Branche damals völlig in Panik. «Es herrschte Weltuntergangsstimmung. Man versuchte, auszumachen, von woher der Wind wehte, zu verstehen, wie sich der Markt und die Handelsströme neu organisieren würden und welche neuen Absatzmärkte es geben würde», erinnert sich ein Trader. Umso mehr, als sich Brüssel für ein Embargo mit Spätzünder und einem gestaffelten Inkrafttreten entschieden hatte: 5. Dezember 2022 für russisches Rohöl, 5. Februar 2023 für Raffinerieprodukte. Eine Zeitspanne, in der man in Händlerkreisen darüber spekulierte, was erlaubt ist und was nicht, um sich entsprechend anzupassen.

Es steht viel auf dem Spiel, denn der Verkauf von Rohöl und Raffinerieprodukten ins Ausland macht mehr als 35 % der gesamten russischen Exporte aus und speist zu mehr als einem Drittel den russischen Staatshaushalt. Um Putins Kriegsmaschinerie ihrer wichtigsten Einnahmequellen zu berauben, fahren die europäischen Staaten schweres Geschütz auf: Das sechste Sanktionspaket sieht vor, die Einfuhr von schwarzem Gold aus Russland auf

dem Seeweg in ihre Hoheitsgebiete zu verbieten und europäischen Unternehmen zu untersagen, russisches Erdöl zu transportieren, zu versichern oder zu finanzieren, auch wenn die Barrels für Drittländer bestimmt sind, die selbst keine Sanktionen verhängt haben. Somit könnten die Exporte des drittgrössten Ölproduzenten der Welt ernsthaft beeinträchtigt werden, denn vor dem Krieg in der Ukraine wurden 60 % des russischen Rohöls von europäischen, meist griechischen Schiffen transportiert und in drei Vierteln der Fälle von britischen oder norwegischen Unternehmen versichert.

Die Trader verstehen die Welt nicht mehr, denn zur gleichen Zeit drängen die USA auf die Einführung eines neuen Mechanismus: des «price cap», eines Preisdeckels. Aus Angst, dass das europäische Vorgehen die Energiepreise in die Höhe treiben könnte, will das US-Finanzministerium Moskau dazu zwingen, sein Öl zu einem Preis zu verkaufen, der unter dem Marktpreis liegt und der vom Westen künstlich festgelegt wurde. Seine Direktorin Janet Yellen setzt darauf, dass die Russen sich dem fügen müssen, da sie beim Transport ihres Öls stark von europäischen Reedern und Versicherern abhängig sind. Diese Akteure werden also weiterhin Dienstleistungen erbringen dürfen, sofern die Barrels unter dem Preisdeckel gekauft wurden und in Länder geliefert werden, die die Sanktionen nicht anwenden. Das Ziel: «Dem Rest der Welt soll es ermöglicht werden, weiterhin russisches Öl zu beziehen, ohne dass Russland dadurch reicher wird», fasst der Analyst eines Handelshauses zusammen.

### Schnäppchen, wohin man schaut

Die westliche Welt beschliesst den Preisdeckel letztendlich erst im Dezember 2022. In der Zwischenzeit fliesst das russische Öl weiter. Ende August lag die Produktion bei 10 Millionen Barrel pro Tag. «In dieser Zeit vor dem Embargo konnte man in Genf einige seltsame Gestalten antreffen, die mehr oder weniger zwielichtige, mehr oder weniger legale Geschäfte anboten», erinnert sich ein Trader, der lange Zeit auf dem russischen Markt tätig war. «Es war von phänomenalen Margen von bis zu 25 % die Rede», fügte diese Quelle hinzu.

Das Barrel Brent (das in der Nordsee gefördert wird und als Preisreferenz dient) erreicht im März 120 US-Dollar, während Urals (die gängigste russische Sorte), das mittlerweile nur schwer Abnehmer findet, von Russland mit grossem Rabatt abgesetzt wird – es kostet 30 bis 40 US-Dollar weniger als Brent, gegenüber Preisunterschieden von 2 bis 3 US-Dollar vor dem Krieg. Das krepelt den Markt völlig um. China, Indien und die Türkei, die «befreundeten Länder», wie Wladimir Putin sie nennt, sehen ihre Importe in die Höhe schnellen und reiben sich die Hände, weil sie billiges Öl erhalten, das sie raffinieren und in der alten Welt zu hohen Preisen weiterverkaufen können. Und da es noch nicht verboten ist, russische Barrels





Russisches Öl wird zunehmend von unabhängigen Händlern mit Rabatt gekauft und auf asiatischen Märkten weiterverkauft. Das Bild zeigt den Tanker Habrut, der unter der Flagge der Marshallinseln fährt, im Hafen von Zhoushan in China.

in Europa zu importieren, landen verlockende Angebote auf den Smartphones derjenigen unabhängigen Händler, die es nicht allzu genau nehmen.

Ein maltesischer Trader mit Sitz in Genf berichtet, dass er im Oktober von einer Tochtergesellschaft des russischen Staatsriesen Rosneft kontaktiert wurde, der seit März 2022 unter US- und EU-Sanktionen steht. Das Angebot, das wir einsehen konnten: 100 000 Tonnen Diesel im Hafen von Noworossijsk (dem wichtigsten Ölhafen in Südrussland) mit einem hohen Rabatt zu kaufen und das Geld dafür auf das Konto einer in Grossbritannien registrierten Briefkastenfirma bei einer Bank mit Sitz im Oman zu überweisen. «Der Handel geht weiter, aber die Hauptschwierigkeit besteht darin, Kanäle zu finden, über die man die Russen bezahlen kann. Nur sehr wenige Banken machen da mit», erklärt uns der Gesprächspartner. Verrechnungsgeschäfte gehören zu den Optionen, die bereits Fuss gefasst haben. «Es genügt, mit gefälschten Rechnungen eine russische Firma zu bezahlen, die in Europa nicht unter Sanktionen steht. Sie wird das Geld dann an die richtige Adresse in Russland, in diesem Fall Rosneft, weiterleiten und dabei einen Prozentsatz einbehalten», so der Trader.

#### **Grossbanken sind erstarrt**

Während die Geschäftemacher aufwachen, müssen die prominentesten Akteure das Geschäft mit Russland so schnell wie möglich einstellen, sonst ist ihr Ruf ruiniert. Die grossen Banken sind äusserst vorsichtig, da sie noch immer von der «Erinnerung an die enorme Strafe von

9 Milliarden US-Dollar heimgesucht werden, die die USA 2014 gegen BNP Paribas wegen der Verletzung von Embargos [gegen Sudan, Iran und Kuba] verhängt hatten», erklärt ein ehemaliger Banker. Credit Suisse, die bereits einige Skandale aufweist, kündigt an, die Finanzierung von Geschäften mit russischem Öl einzustellen. Andere Banken wie ING und Rabobank, die ebenfalls Kreditlinien gekappt haben, erklären sich allenfalls bereit, Cash bereitzustellen, um die verbleibenden «Finanzströme zu erleichtern». Die Ende Mai 2022 unter Sanktionen gestellte und vom internationalen Zahlungsnetzwerk Swift ausgeschlossene Schweizer Niederlassung des russischen Riesen Sberbank, die noch 2021 Finanzierungen im Wert von über 18 Milliarden US-Dollar an Trader vergeben hatte, verschwand im Herbst von der Bildfläche. Die Bank wurde vom Genfer Geschäftsmann Abdallah Chatila aufgekauft und in Tradexbank umbenannt.

#### **Rückwärtsgang bei den Handelsriesen**

Unmittelbar nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine beginnen die Handelsriesen Trafigura, Vitol, Glencore und Gunvor einen Wettlauf gegen die Zeit. Stellungnahmen gegen die Gewalt des Krieges; Versprechen, russisches Öl nicht mehr anzurühren (sogar vor Inkrafttreten des Embargos) und auf Investitionen in Russland zu verzichten – alles ist gut, um sich Asche auf das Haupt zu streuen.

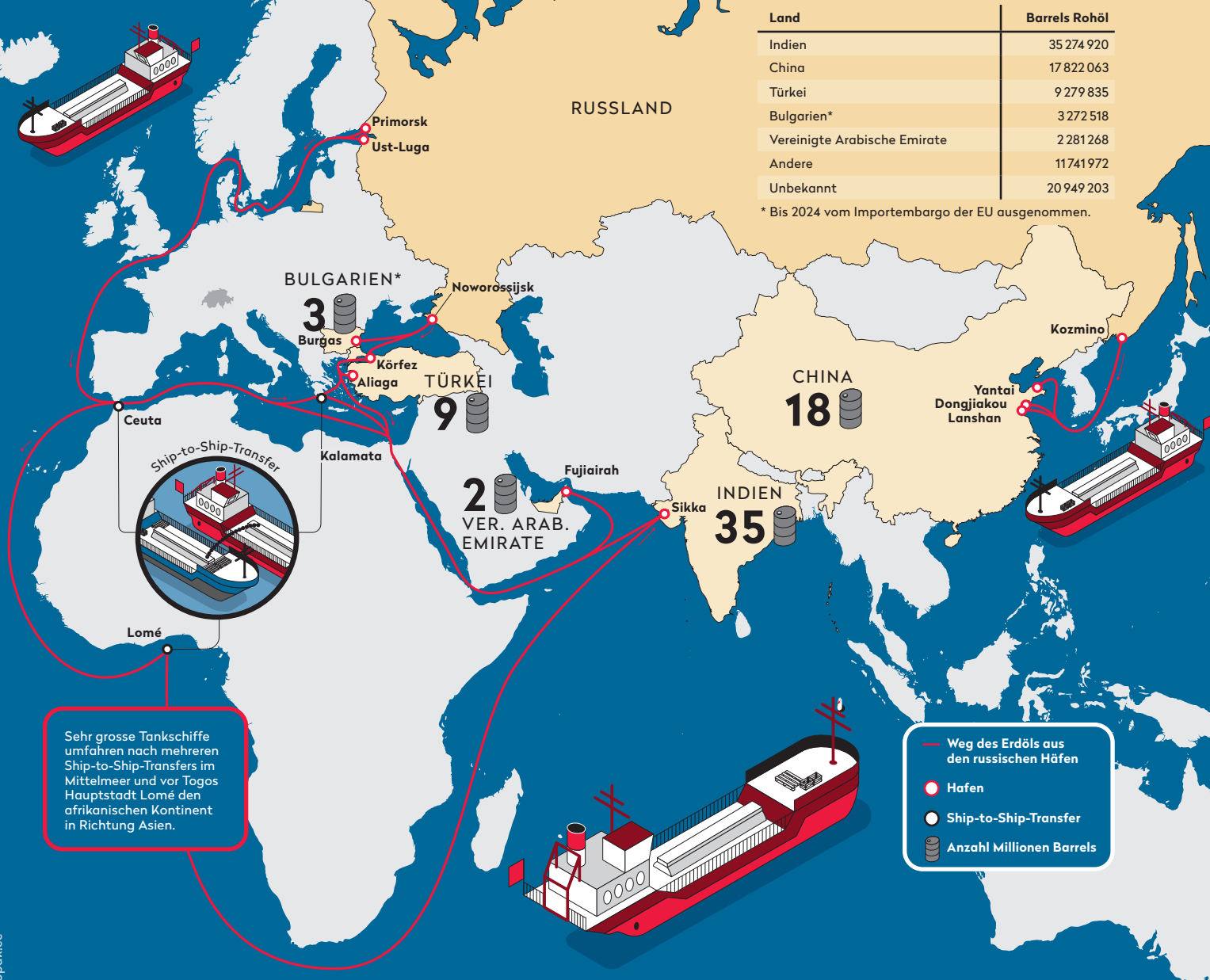
Dabei lief das Geschäft mit Russland zwei Monate vor dem Krieg noch wie geschmiert. Trafigura, Vitol und Glencore hatten Ausschreibungen gewonnen, um 2022 die Hauptabnehmer von Rosnefts Ölprodukten

# AUF DER SPUR DES RUSSISCHEN ERDÖLS

Rohölexporte aus Russland im ersten Monat nach dem Inkrafttreten des Embargos am 19. Januar 2023

Land	Barrels Rohöl
Indien	35 274 920
China	17 822 063
Türkei	9 279 835
Bulgarien*	3 272 518
Vereinigte Arabische Emirate	2 281 268
Andere	11 741 972
Unbekannt	20 949 203

\* Bis 2024 vom Importembargo der EU ausgenommen.



Sehr grosse Tankschiffe umfahren nach mehreren Ship-to-Ship-Transfers im Mittelmeer und vor Togos Hauptstadt Lomé den afrikanischen Kontinent in Richtung Asien.

Quelle: Centre for Research on Energy and Clean Air (Crea).

(Naphtha und Diesel) in den wichtigsten Häfen des Landes zu werden. Wie in unserer Recherche «Die schmierigen Freundschaften des Kreml» (Public Eye Magazin Nr. 35 vom April 2022) beschrieben, wurden diese Trader jahrzehntelang vom Kreml begünstigt, da sie dem russischen Ölsektor Vorfinanzierungen im Austausch für phänomenale Mengen an Barrels gewährten oder sich an verschiedenen Projekten oder Unternehmen beteiligten. Vor dem Krieg handelten sie mit schätzungsweise 1 Million Barrel russischen Öls pro Tag. Sie trugen auch dazu bei, dass Genf zum bevorzugten Rückzugsort der

Russen wurde. Ab 2011 hatte Rosneft, Russlands grösster staatlicher Produzent, dort seine Handelsfiliale angesiedelt und spannte sein Netz, umgeben von Partnerfirmen mit undurchsichtigen Anteilseignern und beraten von dienstfertigen Schweizer Anwälten.

Im März 2022 wird der russische Riese, der von Igor Setschin, der früher regelmässig in Genf weilte, geleitet wird, unter US-amerikanische und europäische Sanktionen gestellt – zusammen mit Gazprom Neft und Transneft. Letztere besitzt in Russland das Monopol für den Betrieb von Pipelines. Seit dem 15. Mai 2022 ist die



Bereitstellung von Finanzmitteln oder Dienstleistungen für diese Unternehmen verboten.

### **Veräusserte Beteiligungen und Taschenspielertricks**

Trafigura kündigt an, keinen einzigen Tropfen Öl mehr von Rosneft kaufen zu wollen. Das Schweizer Unternehmen ist auch gezwungen, sich von seiner zehnpromtigen Beteiligung an Vostok Oil zu trennen, dem Mega-projekt von Rosneft, das die Erschliessung mehrerer Gas- und Ölfelder auf der Taimyrhalbinsel vorsieht, einer Region in der Arktis, die bereits stark vom Klimawandel betroffen ist. Die kleine Nord Axis Limited, die eine Woche vor dem Einmarsch in die Ukraine in Hongkong registriert worden war, kaufte diese Anteile im Juli 2022 für einen unbekanntem Betrag auf. Wie die «Financial Times» damals feststellte, weiss niemand, wer sich hinter diesem Neuzugang unter den Käufern russischer Barrels verbirgt. Auf Anfrage von Public Eye antwortet Trafigura, dass Nord Axis «gründlich geprüft» worden sei, die Firma «keine Verbindung zu Trafigura» habe und «der Eigentümer nicht russisch» sei. Nord Axis handelt mittlerweile auch mit grossen Mengen russischen Erdöls.

Trafigura verkauft im Januar 2023 auch seine indirekte Beteiligung von 24,5 % an der indischen Gruppe Nayara Energy, die eine Raffinerie besitzt, die auf Hoch-touren läuft und das von Moskau verscherbeltete Öl verarbeitet. Rosneft hält weiterhin 49 % der Anteile.

Sechs Monate vor der russischen Invasion hatte Vitol einen langfristigen Vertrag mit Rosneft abgeschlossen, der die Lieferung von 9 Millionen Tonnen russischen Rohöls pro Jahr vorsah. Dieser Deal wurde aufgekündigt. Der Handelsriese trennt sich im Dezember 2022 auch von seinen 5 % an Vostok Oil, die er gemeinsam mit dem kleinen Händler Mercantile & Maritime hält, der ebenfalls in Genf ansässig ist. Der Käufer ist Fossil Trading FZCO, ein im April 2022 in Dubai eingetragenes Unternehmen. Dieses hält 100 % der Anteile der Genfer Firma Energopole, wie auf deren Website zu lesen ist. Anfang 2022 war dieselbe Energopole noch eine Tochtergesellschaft von Rosneft.

Glencore hat seine 0,57 % an Rosneft abgeschrieben, wie aus dem provisorischen Finanzbericht des Zuger Konzerns für 2022 hervorgeht. Gunvor tut sich schwer damit, seinen Anteil von 26 % am Ölterminal im Hafen von Ust-Luga loszuwerden. Auf Anfrage antwortet das Unternehmen, dass eine solche Veräusserung «bislang weder praktisch noch rechtlich durchführbar war».

### **Tanker «zur Erfüllung vertraglicher Pflichten»**

Doch bevor sie offiziell den Kontakt zu Russland abbrachen, kauften die Schweizer Rohstoffhändler noch mehrere Monate lang von den russischen Tankern – was in der Zeit vor dem Embargo zwar moralisch verwerflich, aber nicht verboten war. Wie wir im April 2022 gezeigt haben, waren im Februar und März 2022 Trafigura und

Vitol die grössten Käufer von russischem Rohöl, gleich hinter Litasco, dem in Genf ansässigen Handelsarm des privaten russischen Ölkonzerns Lukoil. Schuld daran seien Terminverträge, die vor dem 24. Februar unterzeichnet worden seien, erklärten sie.

Public Eye hatte Zugang zu detaillierten Daten, die zeigen, wie sich die Situation am Hafen von Kozmino zwischen März und Oktober 2022 entwickelt hat. Von diesem Ölterminal in der Nähe von Wladiwostok im Fernen Osten Russlands wird Espo Blend crude, das Rohölgemisch, das über die Pipeline vom östlichen Sibirien bis zum Pazifischen Ozean transportiert wird, nach Asien exportiert – eine Menge von jährlich 35 Millionen Tonnen.

In diesem Line-up (im Fachjargon die Rangfolge der Käufer) ist zu erkennen, dass Trafigura und Vitol von März bis Mai 2022 jeweils 645 986 bzw. 610 000 Tonnen Rohöl erhalten haben, was jeweils etwa 6 Tankern entspricht (wenn man die Aframax-Tanker mit einer durchschnittlichen Kapazität von 100 000 Tonnen nimmt). Reuters berichtete im Mai über eine weitere Ladung von Vitol, die ebenfalls in Kozmino verladen und in die Vereinigten Arabischen Emirate verkauft worden war. Gunvor hingegen erhielt zwei Rohölladungen, eine im März und eine im Juli.

Auf Anfrage bestätigt Vitol, dass der Konzern «für eine kurze Zeit nach der Invasion rechtliche Verpflichtungen gegenüber russischen Produzenten erfüllt hat, bis wir in der Lage waren, die vertraglichen Probleme zu lösen». Gunvor wollte sich nicht äussern, und Trafigura sagt, sie habe «alle langfristigen Abnahmeverträge mit staatseigenen russischen Produzenten vor dem Inkrafttreten der EU-Sanktionen [A.d.R.: gegen russische staatliche Ölgesellschaften] im Mai 2022 gekündigt».

### **Tanz der Mittelpersonen und Pop-up-Firmen**

Ab August 2022 verschwanden diese grossen Handelsnamen von der Kozmino-Liste. An ihre Stelle traten russische und chinesische Staatsunternehmen, begleitet von einer Vielzahl kleinerer Firmen mit unbekanntem Profil und unbekanntem Eigentümern. Zu diesen neuen Akteuren gehören etwa Sunrise, Everest, Bellatrix, Petkim, Covart Energy, Serene Resources, Livna Shipping und Tejarinaft, das im vergangenen Jahr in Dubai gegründet wurde. Dieses Unternehmen, das hauptsächlich Ware von Rosneft erhält, wird verdächtigt, eine Strohfirma für den russischen Staatsriesen zu sein. Die Firmen haben den Spitznamen Pop-up erhalten, da sie plötzlich aus dem Nichts auftauchen, ohne dass man feststellen kann, wer dahintersteht.

Viele in der Branche versuchen, die Geheimnisse hinter diesen Neuankömmlingen zu lüften. «An wen verkaufen die kleinen Firmen, die nur so aus dem Boden spriessen, weiter? Jeder konzentriert sich auf die ersten Verkäufe, aber niemand schaut sich an, wie es danach weitergeht, und es ist kaum möglich, Daten zu erhalten.



Wladimir Putin an einem Treffen mit Rosneft-Chef Igor Setschin im Februar 2021.

© Mikhail Klimentyev/Kremlin

Man kann spekulieren, dass es sich um Strohfirmen handelt und dass hinter dem Unternehmen, das zuerst kauft, ein grösseres Unternehmen steckt», so eine in der Schweiz ansässige Analystin. «Das Erstaunliche ist, dass einige von ihnen in wenigen Monaten perfekt in der Lage sind, Fracht zu transportieren und zu versichern sowie Finanzierungen zu erhalten. Sie werden zwangsläufig von anderen, grösseren Unternehmen unterstützt», ergänzt sie.

Die meisten dieser Firmen operieren nun von Dubai oder Hongkong aus, zwei Jurisdiktionen, die keine Sanktionen gegen Russland verhängt haben. Seit dem Kriegsbeginn in der Ukraine verzeichnen sie einen Zustrom von Unternehmen, die den Handel mit Moskau ungestört fortsetzen wollen.

#### **Rohöl en masse für einen diskreten Genfer Händler**

Zu den neuen Namen gehören auch zwei in der Schweiz domizilierte Unternehmen. Zuerst Paramount Energy & Commodities, ganz oben auf der Liste von Kozmino.

Zwischen März und Oktober 2022 erhielt diese kleine Genfer Firma fast 6,2 Millionen Tonnen russisches Rohöl, was einem Durchschnitt von 7 Aframax-Tankern pro Monat entspricht, wobei die Fracht gemäss unseren Informationen an China verkauft wurde. Ab November beschleunigte sich das Tempo. Laut zusätzlichen Zahlen

bis Ende Februar 2023 erhielt Paramount, das von kleinen russischen Produzenten beliefert wird (mehrheitlich über das Partnerunternehmen Concept Oil Services), in dieser Zeit 9 bis 10 Tanker pro Monat, auch nach dem Inkrafttreten des Rohölembargos am 5. Dezember 2022. Dafür charterte Paramount mehrere Schiffe, darunter interessanterweise auch die Yasa Golden Bosphorus, ein Aframax-Tanker, der bis zum 23. April 2022 von Mansel, der Shipping-Tochter von Vitol, verwaltet worden war.

Insgesamt hat Paramount seit der russischen Invasion 99 Frachter mit Rohöl in Kozmino geladen; das sind mehr als 9,9 Millionen Tonnen oder schwindelerregende 72 Millionen Barrel.

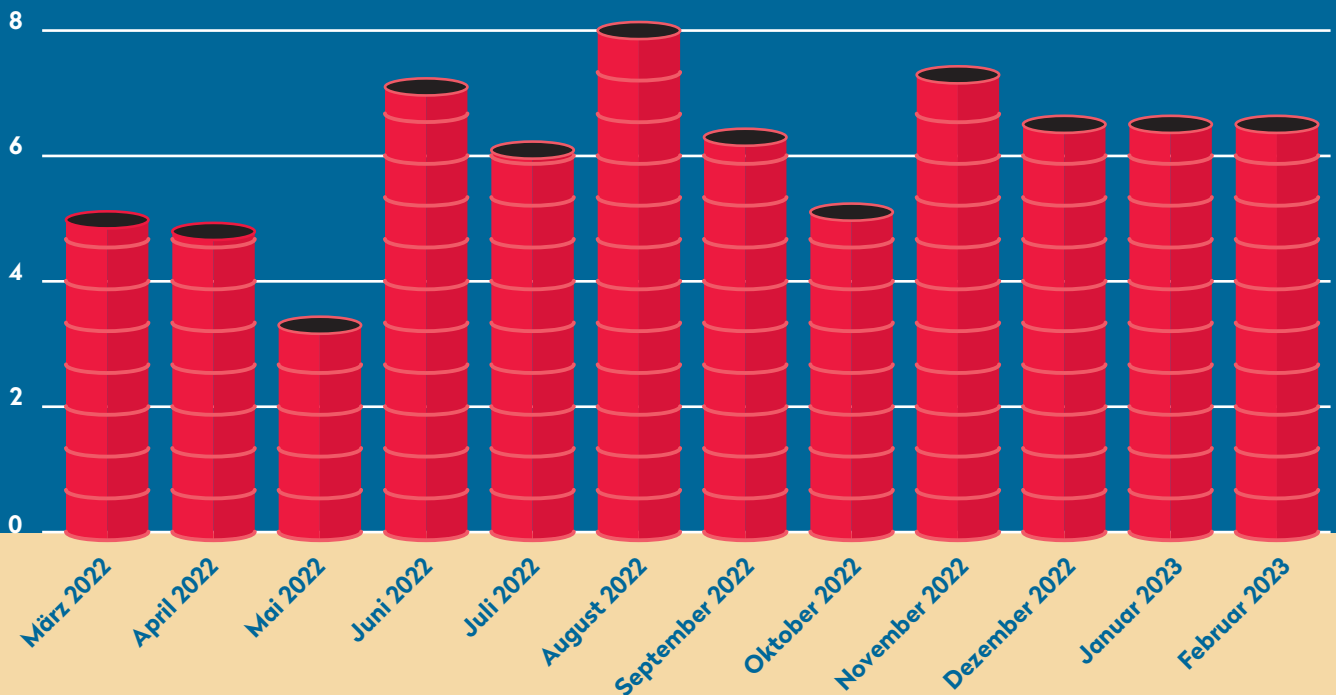
Seit Juni 2022 tut sich Erstaunliches: Wie Global Witness und die «Financial Times» jüngst berichteten, hat ein Unternehmen in Dubai das Geschäft von Paramount Energy am Hafen von Kozmino übernommen. Paramount Energy and Commodities DMCC handelt nun mit dem russischen Erdöl. Auf dem Papier sind die beiden Unternehmen voneinander unabhängig. Ein Schweizer Staatsbürger ist als Direktor der Firma in Dubai verzeichnet.

Public Eye berichtete im April 2022 über den unauffälligen Aufstieg der kleinen Paramount, die zwei Monate nach Kriegsausbruch bereits auf Platz 4 der Käufer von russischem Rohöl rangierte, hinter den Giganten Litasco,



## VON PARAMOUNT IM RUSSISCHEN HAFEN VON KOZMINO GELADENES ROHÖL

Total von März 2022 bis Februar 2023: 72,7 Millionen Barrel



Seit Beginn der russischen Invasion hat Paramount im Hafen von Kozmino an der Pazifikküste 99 Tanker mit Rohöl beladen.

Schätzungen von  
Public Eye, 2023.

Trafigura und Vitol. Wir porträtierten ein Unternehmen mit ausgezeichneten Verbindungen in Russland, aufgrund seiner früheren Beziehungen zu dem Oligarchen Gennadi Timtschenko, dem Gründer von Gunvor und engen Vertrauten Putins, der lange Zeit der Liebling der Genfer Tradingszene gewesen war. Paramount scheint auch von Transneft – dem russischen Staatsriesen, dem alle Pipelines in Russland gehören und der den Ölterminal Kozmino kontrolliert – eine Vorzugsbehandlung zu erhalten. Der Umsatz des Unternehmens soll sich heute auf 8 bis 9 Milliarden US-Dollar belaufen. Seine Konkurrenten fragen sich, ob das Unternehmen in der Lage ist, Finanzierungen für den Kauf solcher Mengen zu finden. «Das ist eines der bestgehüteten Geheimnisse: Entweder bekommt Paramount das Öl von den Russen auf Open-Account-Basis (d. h., bezahlt wird nur, wenn das Öl weiterverkauft ist), oder die Firma wird von chinesischen oder russischen Banken finanziert», meint ein Trader, der den russischen Markt wie seine Westentasche kennt.

Heute spielt Paramount in der obersten Liga. Unseren Informationen zufolge hat sich der Händler kürzlich um den Kauf der sizilianischen Isab-Raffinerie von Litasco beworben. Anfang 2023 sah sich der Handelszweig des russischen Riesen Lukoil gezwungen, die Anlage, die vor dem Krieg zu 80 % mit russischem Öl

betrieben worden war, zu verkaufen. Vitol und Trafigura waren ebenfalls in den Startlöchern. Schliesslich erhielt G.O.I. Energy, ein privater Investmentfonds und Partner von Trafigura, im Januar 2023 den Zuschlag. Paramount versucht nun, einen weiteren Vermögenswert von Lukoil in Europa zu erwerben: das Unternehmen Petrotel Lukoil, das eine der grössten Raffinerien in Rumänien besitzt.

### Hinweise auf Russland von Website entfernt

Unmittelbar nachdem der Aufstieg von Paramount im vergangenen Frühjahr in den Medien thematisiert worden war, entfernte das Unternehmen fast alle Hinweise auf Russland von seiner Website. In einem Interview mit einem ghanaischen Medium wird sein Direktor und Gründer, der Niederländer Niels Troost, als «einer der besten und zuverlässigsten Investoren in Afrika» präsentiert.

Per E-Mail kontaktiert, schreibt Paramount: «Wir können Ihre Fragen, die auf völlig falschen oder sogar voreingenommenen Prämissen und Tatsachenbehauptungen beruhen, nicht beantworten. Wie wir Ihnen bereits erklärt haben, hält sich unser Unternehmen an alle seine gesetzlichen Verpflichtungen und insbesondere an diejenigen, die sich aus den schweizerischen und internationalen Sanktionen ergeben, und hat diese stets gewissenhaft eingehalten.» →



Seit Beginn des Embargos für russisches Rohöl im Dezember 2022 hat Paramount mehrere Tanker gechartert, darunter die Yasa Golden Bosphorus, ein Aframax-Tanker, der bis vor Kurzem von einer Vitol-Tochter verwaltet worden war.

Ein weiterer Name fasziniert die Handelswelt: Sunrise. Unsere Daten zeigen, dass diese Firma im September 2022 in Kozmino fast 400 000 Tonnen Rohöl geladen hat, was etwa 4 Tankern entspricht. Im Juni hatte sie bereits eine Ladung Rohöl von Rosneft im Hafen von Ust-Luga erhalten. Ziel: die Azoren in Portugal an Bord des Tankers Heidi A. Das Fachmedium Energy Intelligence, das regelmässig die Liste der «neuen Akteure» aktualisiert, berichtet, dass ebenfalls im Juni in Hongkong ein Unternehmen mit dem Namen Sunrise X Trading registriert wurde, wobei nicht klar ist, ob es sich um dieselbe Firma handelt.

Im Genfer Handelsregister findet sich eine Firma namens Sunrise Trade SA, die 2020 im Stadtzentrum bei einem Treuhänder registriert wurde. Auf ihrer Website, die eine Karte der Calvin-Stadt aufweist, die teilweise in russischer Sprache verfasst ist, erklärt Sunrise Trade, dass sie in Russland, in den Ländern der ehemaligen UdSSR, im Nahen Osten und in Asien «weltweit Geschäfte abwickelt». Ein Genfer Trader versicherte uns, dass es sich dabei um die oben genannte Firma handelt.

Unsere Fragen an den Schweizer Verwalter des Unternehmens sind bis heute unbeantwortet geblieben.

#### **Ein Markt, der immer undurchsichtiger wird**

Seit dem Inkrafttreten des Rohölembargos am 5. Dezember letzten Jahres ist es schwierig geworden, die Liste dieser «neuen Akteure» zu vervollständigen. Im Sommer 2022 berichtete Energy Intelligence über die aufschlussreichen Worte eines Traders: «Immer mehr undurchsichtige Akteure, von denen noch nie jemand

gehört hat, werden Schiffe chartern. Es wird dasselbe wie mit dem Iran und Venezuela passieren, nur in viel grösserem Ausmass», prophezeite er.

Unsere Gesprächspartner\*innen beschreiben einen Ölmarkt, der jeden Tag unübersichtlicher und undurchsichtiger wird. Selbst erfahrene Analyst\*innen geben zu, dass die Informationsquellen nach und nach versiegen: «Westliche Trader, die Informationen von lokalen Agenten in russischen Häfen sammeln konnten, operieren nicht mehr vor Ort, und die Tanker wechseln oft ihre Namen und Besitzer», sagt einer von ihnen.

Es gibt durchaus Rohdaten, wie diejenigen von Crea, einer finnischen Organisation, die regelmässig ein Bulletin über die russischen Exporte fossiler Rohstoffe veröffentlicht. Public Eye hatte Zugang zur Crea-Datenbank, in der alle Tanker, die noch Barrels in russischen Häfen laden, mit den geladenen Mengen und dem endgültigen Bestimmungsort aufgelistet sind. Es ist jedoch schwierig, wenn nicht gar unmöglich, die Identität der Käufer und Verkäufer zu erfahren, es sei denn, man verfügt über gute Kontakte in jedem Hafen.

Die Branche sieht sich mit einer wachsenden «Geisterflotte» konfrontiert, die von Russland in Vorbereitung auf das Ölembargo aufgebaut wurde. Schätzungen zufolge besteht sie heute aus 400 Tankern im Alter von 12 bis 17 Jahren. Abgesehen von der Gefahr einer Ölpest, der sie die Weltmeere aussetzen, sind diese Schiffe – davon einige bereits schrottreif – im Besitz von Briefkastenfirmen mit Sitz in Dubai oder Asien, an denen sich selbst Expert\*innen die Zähne ausbeissen.





Die Tanker scheinen nur russische Barrels zu transportieren und haben ihre eigenen Gewohnheiten: Sie wechseln häufig Namen und Flagge, verschwinden regelmässig von den Bildschirmen, indem sie ihre Transponder ausschalten, und beteiligen sich an den bereits beschriebenen Ship-to-Ship-Transfers.

Vor den Küsten von Kalamata (Griechenland), Ceuta (einer spanischen Enklave in Marokko) und Lomé (Togo) haben diese Umladungen stark zugenommen. Sie ermöglichen es Moskau, das in kleinen Tankern transportierte Öl in grössere Schiffe umzupumpen, um die Kosten für die Reisen nach China und Indien zu minimieren, die viel länger als die früheren Routen sind.

Die Transfers von Schiff zu Schiff können auch dazu dienen, Ölprodukte aus Russland mit anderen zu vermischen, um ihre Herkunft zu verschleiern. Mehreren Quellen zufolge wird dieses Waschen des russischen schwarzen Goldes auch in fast industriellem Massstab in grossen Öllagern in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Singapur oder der Türkei praktiziert, die von den neuen Händlern gemietet werden, auf die der Kreml heute setzt.

In Genf berichten einige Händler, dass sie Angst davor haben, ohne entsprechende Absicht eine russische Ladung zu kaufen, die auf diese Weise gewaschen wurde. «Es gibt keinen internationalen Standard dafür, wie ein Ursprungszeugnis aussehen sollte. Im Moment kann fast jeder ein solches Dokument herstellen, was im Zusammenhang mit den Sanktionen ein grundlegendes Problem darstellt», erklärt die Leiterin einer Compliance-Abteilung.

Beim Preisinformationsdienst Platts veröffentlichen immer mehr Unternehmen Angebote zum Verkauf von Raffinerieprodukten, die mit zweideutigen Formulierungen versehen sind: «Das vom Verkäufer gelieferte Produkt sollte weder ganz noch teilweise russischen Ursprungs sein» oder «nach bestem Wissen und Gewissen» stamme die Ware nicht aus Russland.

#### **Kommt Genf dank dem Preisdeckel wieder ins Spiel?**

Während die Branche das ganze Jahr 2022 über von den aus dem Nichts auftauchenden Pop-ups und Putins Geisterschiffen in Atem gehalten wurde, steht nun der Preisdeckel mit seiner akrobatischen Umsetzung im Mittelpunkt der Diskussionen.

Nach endlosen Debatten legte eine Koalition aus den Ländern der EU, der G7 und Australien für russisches Rohöl eine Obergrenze von 60 US-Dollar pro Barrel fest. Das geschah in letzter Minute, zwei Tage vor dem Inkrafttreten des europäischen Embargos am 5. Dezember 2022. Für Raffinerieprodukte, die seit dem 5. Februar 2023 nicht mehr nach Europa eingeführt werden dürfen, liegt die Obergrenze bei 100 US-Dollar für Diesel und Kerosin sowie 45 US-Dollar für bestimmte Heizöle. Das allgemeine Ziel besteht nicht darin, die russischen Öllieferungen zu stoppen, sondern sicherzustellen, dass sie weniger Einnahmen generieren, mit denen Russland den Krieg in der Ukraine befeuern könnte.

Die Schweiz ist zwar nicht offiziell Teil dieser internationalen Koalition, hat aber im November letzten Jahres das achte Sanktionspaket der EU übernommen,

## Reger Austausch zwischen Genf und Dubai

Alle, die von dort zurückkehren, sind sich einig: Dubai scheint von Horden reicher Russ\*innen überrannt zu werden, während der einst relativ kleine Ölhandelsplatz gleichzeitig spektakulär zulegt. Seit dem Kriegsbeginn in der Ukraine haben sich viele kleine Firmen dort niedergelassen, hauptsächlich um die sehr profitable Nische des Handels mit russischen Barrels zu besetzen. Auch mehrere Genfer Trader haben Kurs auf diese glitzernde Metropole genommen, in der die Restaurants mittlerweile ihre Menüs in kyrillischer Schrift anpreisen. Und wo die Behörden keine Sanktionen gegen Russland verhängt haben.

Einige Handelshäuser verlegen einen Teil ihrer Mitarbeitenden dorthin, «die für sechs Monate entsandt werden, während ihre Familien in Genf bleiben», berichtet eine Quelle.

«Die Niederlassung in Dubai ist aus steuerlichen Gründen interessant, da es dort fast keine Unternehmenssteuer gibt. Aber es ist vor allem eine gute Destination für diejenigen, die nicht im Zusammenhang mit dem Kauf oder Verkauf von sanktionierten Produkten angeprangert werden wollen», so ein ehemaliger Schweizer Banker. Dieser Spezialist für Handelskredite sagt jedoch voraus, dass «die meisten Rohstoffhändler eine starke Präsenz in Genf beibehalten werden, um die Kreditlinien zur Finanzierung ihrer globalen Aktivitäten aufrechtzuerhalten. In Dubai haben die Banken noch keine Kultur der Handelsfinanzierung. Sie arbeiten schlecht, selbst bei einfachen Dingen».

Die Swiss Trading and Shipping Association (STSA), der Dachverband der Schweizer Rohstoffhändler, antwortet, er verfüge über keine Statistiken über die Anzahl der Unternehmen, die ihre Geschäfte verlagert haben. «Auch vor dem Krieg hatten die Händler bereits Filialen in Län-

dern wie Singapur oder Dubai», erklärt Generalsekretärin Florence Schurch und fügt hinzu, dass «eine Geschäftseinheit in Dubai zu haben, nicht illegal ist und nicht automatisch bedeutet, dass sie zur Umgehung der Sanktionen genutzt wird».

Litasco, der Handelszweig des russischen Riesen Lukoil mit 450 Angestellten, hatte zu Beginn des Krieges erwogen, die Schweiz zu verlassen. Doch der Trader besann sich eines Besseren und versicherte den Genfer Behörden sogar, dass er seinen Hauptsitz am Genfersee behalten würde, wie aus einer Recherche des Westschweizer TV-Senders RTS hervorging. Die Lösung: sich aufteilen. Unseren Informationen zufolge ist der Generaldirektor von Litasco, Nazim Suleymanov, der im noblen Genfer Vorort Collonge-Bellerive lebte, mit der Hälfte seines Teams nach Dubai gezogen. Vom Genfer Hauptsitz aus soll nun mit Öl gehandelt werden, das auf anderen Märkten als Russland, insbesondere im Irak, gekauft wurde.

Einige Unternehmen haben längst gelernt, mit einem Fuss in den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem anderen in der Schweiz zu arbeiten. Dies gilt auch für das Unternehmen Coral Energy aus Dubai, das ins Auge sticht. In den ersten Monaten des Krieges stieg sein Volumen an russischen Raffinerieprodukten und Rohöl aufgrund seiner guten Beziehungen zu Rosneft explosionsartig an. Ende November erklärte Coral Energy jedoch, den Kauf von russischem Rohöl im Sommer 2022 und von Raffinerieprodukten bis Ende 2022 einzustellen. In Genf verfügt Coral Energy über ein Repräsentationsbüro, die Polar Energy SA. Von dort aus würden jedoch «zahlreiche wichtige Entscheidungen für das Unternehmen getroffen, während in Dubai die Verträge unterzeichnet werden», so eine Quelle.

womit der Preisdeckel auch gilt. Könnten die grossen Schweizer Händler also wieder ins Spiel kommen und ihre hehren Erklärungen vom Frühjahr 2022 in den Wind schlagen? In Genf sind die Meinungen geteilt: «Theoretisch ist der Handel unterhalb eines bestimmten Preises möglich. Aber es muss sich lohnen», erklärt ein Analyst. «Solche Transaktionen sind möglich, solange die Kosten für Finanzierung, Logistik, Transport und Versicherung nicht höher sind als der Preis, den

der Endkäufer zahlt. All diese Kosten werden jedoch steigen, da es darum geht, Öl nach Asien zu liefern, wo die Entfernungen doppelt so lang sind», fügte er hinzu.

Public Eye hat Fragen an die wichtigsten Handelshäuser gerichtet. Die Antworten sind ausweichend und lassen alle Optionen offen. Vitol antwortet, dass sie «ihre Geschäfte in voller Übereinstimmung mit allen anwendbaren Gesetzen und Vorschriften, einschliesslich der Sanktionsbestimmungen, betreibt». Im November letzten



Jahres erklärte Konzernchef Russel Hardy, dass die Einführung des Preisdeckels «den Handel auf kleine Unternehmen umlenken» könnte. Glencore verweist auf eine Pressemitteilung vom 30. März 2022, in der es heisst, dass das Unternehmen «keine neuen Handelsaktivitäten mit Rohstoffen russischen Ursprungs aufnehmen wird, es sei denn, es wird von den zuständigen Regierungsbehörden dazu aufgefordert». Trafigura antwortete wortreich, dass es «wie der Rest der Branche, die Auswirkungen des Preisdeckels sorgfältig prüfe» und weiterhin «mit den Regierungen im Kontakt steht, um ihre Bedürfnisse auszumachen und die Rohstoffe und Energie zu liefern, die sie trotz der turbulenten Märkte benötigen». Gunvor gibt an, «alle geltenden internationalen Wirtschaftssanktionen und Vorschriften in Bezug auf Russland strikt einzuhalten».

Beobachter\*innen verweisen auf die Schwierigkeiten, den Handel mit Moskau wieder aufzunehmen, solange die Banken sich weigern, Transaktionen zu finanzieren, und die europäischen Versicherer sich zurückhalten. Der Preisdeckel wird weithin als ein technisches Unding angesehen, ein Mechanismus, der «von Bürokraten mit Wirtschaftsstudium erfunden wurde, die keine Ahnung von Ölmärkten haben», meinte ein Branchenexperte kürzlich auf CNBC.

Es ist vorauszusehen, dass es für die Regulierungsbehörden schwierig sein wird, Kontrollen durchzuführen und Umgehungstechniken zu durchschauen. «Man kann jederzeit in den Vertrag schreiben, dass man das Barrel Urals zu 56 US-Dollar gekauft hat, dies der Reederei zeigen und dann eine Zusatzvereinbarung machen, in der man 12 US-Dollar hinzufügt, die an die Russen gezahlt werden, um dies auszugleichen, zum Beispiel in Dubai oder in der Türkei», erklärt ein Trader mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Paramount Energy schweigt auf die Anfrage zum Preisdeckel. Das Genfer Unternehmen könnte indes direkt betroffen sein, denn es ist ausschliesslich vom Ölterminal von Kozmino aus tätig, wo der Preis für ein Barrel der Rohölsorte Espo im asiatischen Markt noch am Vorabend des Inkrafttretens der Sanktionsmassnahme am 5. Dezember 2022 bei 79 US-Dollar lag. Deutlich höher also, als die von den westlichen Staaten festgelegten 60 US-Dollar.

In einem jüngst veröffentlichten Artikel berechnete die britische Nichtregierungsorganisation Global Witness, dass in den ersten zwei Monaten nach Inkrafttreten des Embargos 20 Millionen Barrel Rohöl der Sorte Espo zu Preisen deutlich über dem Deckel gehandelt worden waren, obwohl dieser gegolten hätte. Gesamtwert der Ware: 1,5 Milliarden US-Dollar. Gemäss Global Witness könnte Paramount Energy, einer der wichtigsten Abnehmer der Sorte Espo, gegen den «price cap» verstossen haben. Seit Juni 2022 wickelt der Schweizer Ölhändler sein Russlandgeschäft indes über ein Unternehmen in Dubai namens Paramount Energy and Commodities

DMCC ab. Angesichts dieser komplexen Situation stellt sich die Frage, mit welchen Massnahmen die Behörden kontrollieren, dass der Preisdeckel eingehalten wird.

### **Schweiz verzichtet auf Kontrollen**

Die USA, die EU und Grossbritannien haben Richtlinien für Marktteilnehmer erlassen, die mit Russland Handel treiben und sich dabei dem Preisdeckelmechanismus beugen müssen. Jeder hat auf seiner Ebene Verpflichtungen. Die Händler – die einzigen, die in direktem Kontakt mit russischen Verkäufern stehen – müssen im Falle von Audits oder Kontrollen nachweisen können, dass sie die Barrels tatsächlich unterhalb des Preisdeckels gekauft haben. Die Banken, die die Geschäfte finanzieren, können sich wie Charterfirmen und Schiffsagenten auf die Trader berufen, die ihnen bestätigen müssen, dass die Ware unter Einhaltung des Höchstpreises gekauft wurde. Versicherer und Schiffseigner benötigen eine Bestätigung von denjenigen, die vor ihnen in der Lieferkette stehen. Alle müssen die Unterlagen fünf Jahre lang aufbewahren. Die britischen Behörden, die bei Weitem die strengsten sind, verlangen sogar von den Händlern, dass sie jedes Ölgeschäft mit Russland innerhalb von 40 Tagen zusammen mit der Dokumentation (Vertrag, Lade- und Frachtbrief, Akkreditive usw.) melden.

---

### **Das Staatssekretariat für Wirtschaft hat keinen der von Brüssel, Washington und London empfohlenen Kontrollmechanismen übernommen, obschon ihm die Überwachung der Anwendung der Sanktionen obliegt.**

---

Und was ist mit der Schweiz? Die Antwort ist einfach: Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat keinen der von Brüssel, Washington und London empfohlenen Kontrollmechanismen übernommen, obschon ihm die Überwachung der Anwendung der Sanktionen obliegt. Dies verspricht einen viel günstigeren Rahmen für die spätere Wiederaufnahme der Geschäfte. In der Schweiz sind die Trader daher nicht verpflichtet, ihre Käufe von russischem Öl zu melden oder die Unterlagen aufzubewahren. Die Schweizer Behörden setzen auf den guten Willen der Branche, die aufgefordert wird, sich selbst zu regulieren. Das Seco erklärte auf Anfrage sinngemäss, es wolle mit dem Preisdeckel weder unnötige bürokratische Hürden für die Industrie schaffen, noch das Ölgeschäft mit Russland behindern, und folgt in diesem letzten Punkt dem Ansatz der internationalen Koalition zum Preisdeckel. Eine Antwort, die im Einklang mit der bisherigen Politik Berns steht, die Attraktivität des Schweizer Handelsplatzes um jeden Preis zu erhalten, obwohl die mit dieser Branche verbundenen Risiken seit mindestens einem Jahrzehnt bekannt sind. →



Die Transfers von Schiff zu Schiff ermöglichen es Moskau, die Kosten des Transports nach China und Indien zu minimieren. Es gibt aber auch Hinweise darauf, dass dabei das russische Öl mit anderem Öl vermischt wird, um seine Herkunft zu verschleiern.

Eine weitere schweizerische Besonderheit, auf die eine Analytikerin hinweist: «Das Sanktionsregime in der EU und in Grossbritannien gilt für alle Personen, die in diesen Gerichtsbarkeiten einen Pass besitzen. In der Schweiz betrifft es Personen, die einen Schweizer Pass haben und in der Schweiz leben. Wenn Sie also Schweizer sind und zum Beispiel in Dubai leben, müssen Sie sich nicht an die helvetischen Sanktionen halten», erklärt diese Gesprächspartnerin. Dies dürfte einen gewissen Handlungsspielraum bieten. Das Seco bestätigte diesen Punkt und antwortete, dass «im Gegensatz zur Situation in der EU und den USA Schweizer Bürger, die im Ausland leben, nicht den Sanktionen unterworfen sind, die auf der Grundlage des Embargogesetzes verhängt werden». Dies gilt auch für juristische Personen.

Ein Manager einer kleinen Genfer Handelsgesellschaft erklärt jedoch, dass die Trader, auch wenn die lokalen Vorschriften milde sind, immer die von den USA erlassenen Vorschriften im Auge behalten. «Der Teufel steckt im Detail, und es besteht immer die Gefahr, von der amerikanischen Sanktionsbehörde Ofac eingeholt zu werden», erklärt er. «Und warum sollte man sich von der Schweiz aus in Gefahr begeben, wenn man problemlos von Dubai aus arbeiten kann», fügt er hinzu.

### Putin und sein Chevrolet für 5 Rubel

Vorerst können sich Wladimir Putin und seine Leute die Hände reiben, weil sie die Pläne des Westens vereitelt haben. Trotz der Schnäppchenpreise für russisches Rohöl hat Russland 2022 laut der Internationalen Energieagentur 218 Milliarden Petrodollar eingenommen und seine Exporte von schwarzem Gold um 7,6 % gesteigert. In dem einen Jahr des Krieges wurde die globale Energiekarte neu gezeichnet. Im Jahr 2023 werden die russischen Rohölimporte in die EU voraussichtlich 500 000 Barrel pro Tag betragen, gegenüber 2,3 Millionen Barrel im

Jahr 2021. Doch die russischen Produzenten haben neue Märkte gefunden: Rund 80 % der Rohölströme gehen nun in die «befreundeten Länder» von Wladimir Putin, allen voran Indien, China und die Türkei.

Anfang Februar stellte die finnische Organisation Crea fest, dass «Russland auf den Preisdeckel nicht mit einer Einschränkung seines Angebots reagiert» und «stattdessen die Mengen erhöhen könnte, um dem Preisrückgang entgegenzuwirken». Der Kremlchef hatte den Preisdeckel denn auch mehrmals als «Dummheit» bezeichnet und sich mit seiner unbegrenzten Fähigkeit gebrüstet, die «militärische Sonderoperation» Ukraine zu finanzieren. Vor einigen Wochen erschien er lächelnd vor einer Gruppe russischer Journalist\*innen. «Natürlich ist es das Ziel unserer geopolitischen Gegner und Feinde, die Einnahmen des russischen Haushalts zu begrenzen. Aber mit diesem Preisdeckel verlieren wir nichts [...], denn das ist genau der Preis, zu dem wir [unser Rohöl] derzeit verkaufen», sagte er ironisch über dieses «marktfeindliche» Instrument. Er ergänzte: «Stellen Sie sich vor, Sie wollen einen Mercedes oder einen Chevrolet kaufen und sagen: Ich möchte dieses Auto für 5 Rubel kaufen, nicht mehr», und erntete damit Gelächter im Saal.

Ende letzten Jahres unterzeichnete Putin einen Präsidialerlass, der seit dem 1. Februar den Verkauf von Rohöl und Ölprodukten an alle Firmen («ausländische juristische Personen und andere Einzelpersonen») verbietet, die sich dem Preisdeckelmechanismus beugen. Doch die Unklarheit bleibt bestehen, da der Präsident Ausnahmen gewähren kann. Darüber hinaus macht der Text klar, dass das Verbot auch für Unternehmen gilt, die in ihren Verträgen den Preisdeckel wörtlich erwähnen. Wird es ausreichen, dass sie diese Formulierung einfach vermeiden, um weiterhin Rohölbarrels zu erhalten? Für Trader, die diese subtilen Entwicklungen genau verfolgen, bleibt die Frage offen. ■



## Das Rosneft-Universum in Genf: ein Jahrzehnt völliger Freiheit

«Sanktionen sind wie ein Knopf auf dem Hintern eines Elefanten.» Im Februar 2020, nach elf Jahren friedlicher Existenz, wird Rosneft Trading SA (RTSA) – der Genfer Handelszweig des staatlichen Ölgiganten Rosneft – wegen Verstosses gegen das venezolanische Ölembargo unter US-Sanktionen gestellt, und einer der russischen Direktoren greift zur Ironie. Zu diesem Zeitpunkt ist der Ausweg bereits klar: Das lukrative Geschäft mit der staatlichen venezolanischen Ölgesellschaft PDVSA soll die Rosneft-Tochter TNK Trading International SA weiterführen; diese hat ihren Sitz ebenfalls in Genf.

Zwei Monate später setzen die USA auch sie auf die schwarze Liste. Im Herbst 2020 zaubern die Russen jedoch eine Firma namens Energopole aus dem Hut. Das neue Unternehmen wurde in aller Eile bei einem Genfer Treuhänder registriert, zog in die luxuriösen Räumlichkeiten von RTSA am Quai du Général-Guisan 14 ein und nahm den Handel wieder auf, diesmal ohne Venezuela. Es zählt zu diesem Zeitpunkt nur noch etwa 20 der 60 Angestellten, die zu den besten Zeiten bei der RTSA arbeiteten.

Es bedurfte der brutalen russischen Invasion in der Ukraine und der westlichen Sanktionen, die von der Eidgenossenschaft übernommen wurden, um den Aktivitäten des Rosneft-Netzwerks in der Schweiz ein Ende zu setzen, das heute im Sterben liegt. Lange Jahre konnte sich das nebulöse Gebilde (siehe Infografik auf der nächsten Doppelseite) in der Schweiz mit seinen Tochtergesellschaften, Partnerfirmen, bevorzugten Handelshäusern und vor allem mit seinen Mittelspersonen gut behaupten.

### Vom Anwalt zum Direktor einer Handelsfirma

Zu ihnen gehört auch ein Genfer Anwalt mit einer starken Persönlichkeit und anerkannter Erfahrung: Daniel Richard. Als Partner der Grosskanzlei Python half er Rosneft im Januar 2011, eine Handelsfiliale am Genfersee zu eröffnen. Als erster Direktor von RTSA mit einem Jahresgehalt von 300 000 Franken im Jahr 2019 hält der Rechtsanwalt auch Mandate in mehreren anderen Tochter- und Partnerunternehmen von Rosneft.

Richard hat eine Vielzahl von Hüten auf. Als die Konten von RTSA im Zusammenhang mit Venezuela gesperrt wurden, rannte der Anwalt zu UBS und Credit Suisse, um die Banken zu bitten, den Angestellten die Gehälter dennoch auszuzahlen. Als

einige Monate später etwa 40 Mitarbeitende vor die Tür gesetzt wurden, wird er mit der Umsetzung eines Sozialplans betraut.

Der Anwalt besass eine Vollmacht für das Schweizer-Franken-Konto von RTSA. Er war auch für die Zahlung der Mandatsgebühren zuständig, die RTSA von einer kleinen Firma namens Swissarc in Rechnung gestellt wurden. Diese winzige, in Carouge registrierte Struktur war damit beauftragt worden, etwa 30 RTSA-Angestellte zu rekrutieren und ihre Gehaltsabrechnungen zu erstellen, wofür sie eine monatliche Provision von 26 % des gezahlten Gehalts erhielt. Swissarc lieferte ausserdem zu hohen Preisen Computerhardware.

Laut einem ehemaligen Angestellten hatte Swissarc einen doppelten Zweck: «RTSA konnte leichter Personal einstellen, ohne auf die Zustimmung Moskaus warten zu müssen, und IT-Ausrüstung in den USA kaufen, ohne Sanktionen zu riskieren.» Eine andere, weniger redliche Erklärung macht ebenfalls die Runde: Einige der russischen Manager\*innen von RTSA hätten ein Vehikel eingerichtet, um zusätzliche Einnahmen zu erzielen.

Auf Anfrage von Public Eye sagt Rechtsanwalt Richard, er habe «keine Ahnung», warum RTSA die Dienste von Swissarc in Anspruch genommen hat. «Ich habe RTSA von Anfang bis Ende in Übereinstimmung mit den lokalen Gesetzen verwaltet. Das ist alles», fügt er hinzu und behauptet, dass die Präsenz der russischen Tochtergesellschaft in Genf dazu geführt hat, dass die Steuerbehörde insgesamt 250 Millionen Franken eingenommen hat. ■



### DAS ROSNEFT-UNIVERSUM

Eine Grafik zum Rosneft-Netzwerk in der Schweiz finden Sie auf der nächsten Doppelseite. →

WICHTIGSTE  
PERSONEN

SCHWEIZER  
DIENSTLEISTER

UNTERNEHMEN

PARTNER-  
UNTERNEHMEN

INVESTITIONEN  
UND PROJEKTE

BEVORZUGTE  
HÄNDLER VON  
ROSNEFT



**WLADIMIR PUTIN**  
Präsident der Russischen Föderation



**IGOR SETSCHIN**  
Chef und Verwaltungsratspräsident von Rosneft und enger Vertrauter von Putin. Seine Yacht Amore Vero wurde 2022 in Frankreich beschlagnahmt.

**TNK TRADING INTERNATIONAL SA (Genf)**

Tochter von Rosneft. Hatte die Geschäfte mit Venezuela übernommen. Im März 2020 von den USA sanktioniert.

**DAS ROSNEFT-  
UNIVERSUM**

**GUNVOR**

Mitbegründet von Gennadi Timtschenko, einem engen Vertrauten Putins. Von 2003 bis 2011 bevorzugter und fast ausschliesslicher Händler von Rosneft. Hält immer noch 26% am Rosneft-Ölterminal im Ostseehafen Ust-Luga.

**GLENCORE**

Von 2016 bis 2018 gemeinsam mit dem katarischen Staatsfonds QIA zu 19,5% an Rosneft beteiligt. Nach einem Ausstieg verbleiben noch 0,57%, welche Glencore kürzlich abgeschlossen hat.

**TRAFIGURA**

Wichtiger Partner von Rosneft bis zum Vorabend der russischen Invasion in der Ukraine. War mit 10% am Projekt Vostok Oil beteiligt.

**VITOL**

Wichtiger Partner von Rosneft bis zum Vorabend der russischen Invasion in der Ukraine. War mit Partner Mercantile & Maritime Energy mit 5% am Projekt Vostok Oil beteiligt.

**NOIL TRADING SA (Genf)**

Im Oktober 2020 in Genf registriert; wird von einem ehemaligen RTSA-Berater und Energopole-Mitarbeiter geleitet.

**PROTON ENERGY GROUP (heute Epsilon Holding SA, Genf)**

Kaufte 2016 über die Tochtergesellschaft Glusco Energy (heute Greenenergy Trading SA in Genf) die Aktivitäten von Rosneft in der Ukraine auf. Besass 172 Tankstellen, die im Mai 2022 von den ukrainischen Behörden beschlagnahmt wurden, die das Unternehmen verdächtigten, als Strohfirma für Rosneft fungiert zu haben.

**CORAL ENERGY/POLAR ENERGY (Dubai und Genf)**

Dieses Unternehmen war bis vor Kurzem einer der wichtigsten Partner von Rosneft im Vertrieb von Erdölprodukten.

**ROSNEFT (Moskau)**

Zu 40,4% vom russischen Staat kontrolliert. Fördert fast 40% des russischen Öls. Geführt von Igor Setschin, einem treuen Gefolgsmann Putins.

**ROSNEFT TRADING SA (Genf)**

RTSA ist der Handelsarm von Rosneft, seit Januar 2011 in Genf. Im Februar 2020 durch die USA wegen der Umgehung des Embargos gegen Venezuela sanktioniert.

**MERCANTILE & MARITIME ENERGY PTE. LTD (Singapur und Genf)**

Hatte Gewinnbeteiligungsvereinbarungen mit Rosneft Trading und machte ihre Dienste für die Erschliessung von Märkten im irakischen Kurdistan zu Geld. Hielt zusammen mit Vitol Anteile an Rosnefts Vostok-Oil-Projekt.

**DIDIER CASIMIRO**

Erster Chef von RTSA im Jahr 2011, zudem Vizepräsident von Rosneft. Ist im Mai 2022 zurückgetreten, nachdem die EU und die USA Rosneft sanktioniert hatten. In Grossbritannien selbst unter Sanktionen.

**WITALI ZBANTS**

Vizechef von RTSA, für Audits zuständig; bis im Februar 2023 zudem Chef von Energopole SA.

**MICHAIL PASCHIN**

Finanzchef von RTSA.



### **ENERGOPOLE SA (Genf)**

Nach den Sanktionen gegen RTSA und TNK Trading International im April 2020 bei einem Genfer Treuhänder registriert. Zu diesem Zeitpunkt zu 100 % im Besitz von Rosneft. Seit Juli 2022 wird die Firma von Fossil Trading in Dubai kontrolliert. Steht kurz vor der Liquidation.

### **FOSSIL TRADING FZCO (Dubai)**

Im Juli 2022 in Dubai registriert; hält 100 % des Kapitals von Energopole SA.

### **SWISSARC SA (Carouge GE)**

RTSA hatte die Verwaltung der Gehälter von etwa 30 seiner Angestellten sowie die Erbringung von IT-Dienstleistungen an diese sehr kleine Firma delegiert.

### **PETROCAS ENERGY SA (Genf)**

Zwischen 2014 und 2022 einer der grössten Verkäufer von Erdölprodukten von Rosneft; der Konzern hielt damals 49 % der Anteile.

### **Prlex Avocats (Genf)**

2020 durch Daniel Richard gegründete Anwaltskanzlei. Richard war zuvor lange Partner der bekannten Genfer Anwaltskanzlei Python gewesen.

### **Daniel Richard (Genf)**

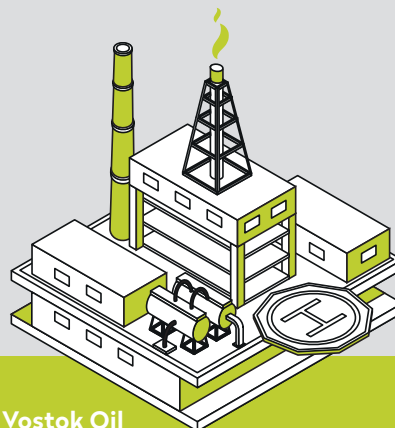
Hat 2011 RTSA registrieren lassen und ist dort Geschäftsführer, ebenso wie bei TNK Trading International und bei Noil Trading (dort bis 2022). Führt heute Prlex Avocats.

### **Philippe Rouiller (Genf)**

Anwaltskollege von Daniel Richard bei Prlex. Verwaltungsrat von Noil Trading.

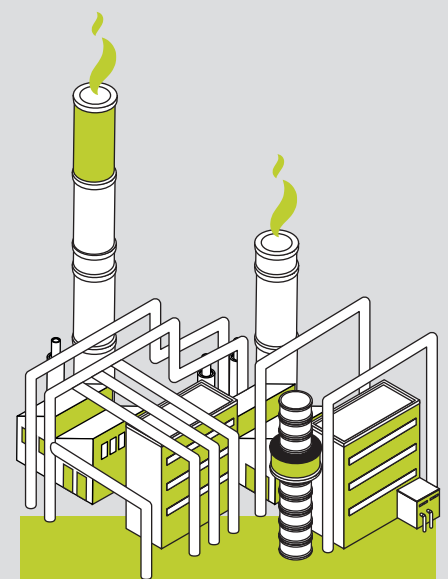
### **Maurice Taylor (Genf)**

Unabhängiger Berater. Liess in Genf mehrere Handelsfirmen registrieren, die mit Russland im Geschäft sind. Geschäftsführer von Greenenergo Trading.



### **Vostok Oil**

Megaprojekt von Rosneft, das riesige Erdöl- und Gasvorkommen auf der zur Arktis gehörenden Taimyrhalbinsel erschliessen will.



### **Nayara Energy**

Indischer Konzern, der mit Vadinar die grösste Raffinerie Indiens betreibt; Rosneft hält 49 % des Kapitals.

### **MURTAZA LAKHANI**

Gründer und Chef der Mercantile & Maritime Energy. Hat seine Karriere als Agent von Glencore im Irak begonnen. Partner von Rosneft. Er soll Igor Setschin sehr nahestehen.

### **TAHIR GARAI EW**

Gründer von Coral Energy, einem Partnerunternehmen von Rosneft für den Vertrieb von Erdölprodukten.

### **EDUARD CHUDAINATOV**

Vorgänger von Igor Setschin an der Spitze von Rosneft. Gründer und Chef von Neftegazholding, Partner von Rosneft im Projekt Vostok Oil. Seine Yacht wurde durch ein Anwaltsbüro in Zürich registriert.

# «In unserer Datenbank registrieren wir über 1000 Kriegsverbrechen pro Woche»

Das Centre for Civil Liberties (CCL) in Kiew hat 2022 den Friedensnobelpreis erhalten, gemeinsam mit dem belarussischen Menschenrechtsaktivisten Ales Bjaljazki und der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial. Die Geschäftsführerin des CCL, Sascha Romanzowa, erklärt, wie sich die NGO in Kriegszeiten für Menschenrechte einsetzt und wie sie bei der Dokumentation von Kriegsverbrechen vorgeht.

INTERVIEW: ARIANE BAHRI UND ROMEO REGENASS

**Wir haben unser Gespräch am Nachmittag begonnen, dann gab es bei Ihnen einen Stromausfall. Wie ist die Lage für Sie, Ihr Team, Ihre Familie, Ihre Freund\*innen?**

Meine Familie ist in Deutschland, sie ist also in Sicherheit. Wenn ich arbeiten gehe, sehe ich wenigstens das Sonnenlicht und habe Internet. Doch zu Hause habe ich meistens keinen Strom, also auch kein Wi-Fi. Manchmal funktioniert das mobile Internet, manchmal nicht. Man kann ein Buch lesen oder schlafen. Der Alltag wird weitgehend von Dingen bestimmt, auf die man keinen Einfluss hat.

Draussen gibt es in manchen Strassen Strom, in anderen nicht. Wenn man also in ein Café oder einen Co-Working-Space gehen will, wählt man einen Ort, wo es Strom oder einen Generator gibt. Generatoren sind jetzt überall zu sehen. Ich will gar nicht daran denken, wie schlecht das für die Umwelt ist, aber wir brauchen sie.

**Das Centre for Civil Liberties (CCL) wurde 2007 gegründet. Was war sein ursprüngliches Ziel?**

Der Fokus richtete sich auf die internationale Zusammenarbeit bei Menschenrechtsprojekten in der Region der ehemaligen Sowjetunion – in Zentralasien, Russland, Weissrussland, Moldawien, den baltischen Staaten und dem Kaukasus. Das CCL ist immer ein Zentrum für die Vermittlung von Menschenrechtsstandards gewesen und hat wichtige Gesetze analysiert. Bei

der ersten grossen Kampagne ging es um den Zugang zu Informationen, um staatliche Strukturen und um Behörden und ihre Funktionsweise. In der Ukraine ist das alles andere als transparent.

Dann wurden Monitoringgruppen aus Freiwilligen gebildet. Seit den Maidan-Protesten 2013/2014 werden diese Ozon genannt. Sie nehmen zum Beispiel an Gerichtsverhandlungen zu Kriegsverbrechen teil. Viele gibt es davon nicht, aber es sind echt wichtige Fälle. Sie gehen also hin und beobachten, ob das Gericht die Verfahren einhält und im Einklang mit dem Gesetz handelt. Uns geht es in erster Linie darum, dass die Menschen dem Staat gegenüber eine fordernde Haltung einnehmen und die mit Steuergeldern finanzierten Leistungen kontrollieren. Für Menschen aus einer ehemaligen Sowjetrepublik ist eine solche Haltung nicht gerade üblich.

**Das CCL war auch aktiv an den Strassenprotesten beteiligt. Wie hat das angefangen?**

2012 war das erste Jahr, in dem das CCL die Aufmerksamkeit auf die Gesetzgebung innerhalb des Landes richtete – es war die Zeit des Janukowitsch-Regimes. Zu dieser Zeit gab es viel Druck auf Nichtregierungsorganisationen, insbesondere auf Menschenrechtsverteidiger\*innen. Die Polizeigewalt war viel schlimmer als nach den Maidan-Protesten 2013. Und so organisierte das

CCL damals zum ersten Mal eine Strassenkampagne gegen Polizeigewalt – ausgerechnet während der Fussballeuropameisterschaft, die gerade in der Ukraine und in Polen lief.

Das nächste wichtige Kapitel in der Geschichte des CCL war die Lancierung der Hotline Euromaidan SOS im November 2013. Anfangs bot sie nur Rechtshilfe für Menschen, die bei Protesten verhaftet worden waren. Wir hatten Anwält\*innen gefunden, die die Fälle unentgeltlich übernahmen und über unsere Hotline Beratung anboten. Doch bald wurde Euromaidan SOS zur wichtigsten Hotline im ganzen Maidan-Protest.

**Wie muss man sich das vorstellen?**

Die Leute riefen uns an, wenn sie den Kontakt zu ihren Verwandten auf dem Maidan verloren hatten, etwa als die Polizei angriff. Wir richteten eine Facebook-Seite ein und konnten so vieles koordinieren. Nach den Protesten, im Mai 2014, hatten wir bereits 16 000 Anrufe erhalten und dann die erste Beschwerde einer ukrainischen NGO beim Internationalen Strafgerichtshof eingereicht. Daraufhin appellierte unsere Regierung an den Internationalen Strafgerichtshof und bat ihn, seine Zuständigkeit auf die Ukraine auszuweiten. Zuerst ging es um die Geschehnisse im Zusammenhang mit dem Maidan, dann um den Donbass und die Krim und jetzt um sämtliche Vorfälle in der Ukraine. Wir gehörten also zu den Vorreitern in diesem Prozess.



Der Unabhängigkeitsplatz in Kiew zur Zeit der Maidan-Proteste im Jahr 2014.

### **Was war Ihre erste Aufgabe im CCL?**

Nach Euromaidan SOS haben wir eine neue Richtung eingeschlagen, weil die Situation auf der Krim und im Donbass am Eskalieren war. Das war das erste Projekt, in das ich direkt involviert war – ich hatte als Freiwillige bei der Hotline angefangen. Meine erste Aufgabe war es, Unterlagen für Projektanträge zur Dokumentation von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen im Donbass und auf der Krim vorzubereiten. Unsere Freiwilligen hatten auf der Krim Nachforschungen angestellt, aber nach dem sogenannten Referendum im März 2014 ist das mit dem ukrainischen Pass unmöglich geworden. Deshalb haben wir gemeinsam mit Menschenrechtsverteidiger\*innen aus anderen ehemaligen Sowjetrepubliken die Crimean Field Mission gegründet.

### **Erzählen Sie uns mehr über diese Mission.**

Wir sind in die Konfliktgebiete gereist, sind sämtlichen Hinweisen auf

Kriegsverbrechen nachgegangen, haben Zeugenaussagen gesammelt und Menschen befragt, die im Donbass in Kellern gefoltert und gefangen gehalten worden waren. Wir machten das zweieinhalb Jahre lang und gründeten dann mit anderen Menschenrechtsaktivist\*innen die Koalition Justice for Peace in Donbas. Seit 2014 dokumentieren wir gemeinsam Kriegsverbrechen.

### **Wie werden Kriegsverbrechen dokumentiert?**

Wir sammeln alle Beweise, die die Opfer uns liefern können. Wir stossen auf konkrete Informationen, die zeigen, dass möglicherweise ein Kriegsverbrechen, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder ein Element des Völkermordes stattgefunden hat, und speichern diese Vorfälle in einer Datenbank. Wenn wir Zugang haben, gehen wir an den Ort des Geschehens. In einem unserer thematischen Berichte ging es zum Beispiel um medizinische Einrichtungen. Kontaktleute in den besetzten Teilen der Ukraine

gingen hin und machten Bilder und Videos, die die Löcher in einem Kinderkrankenhaus zeigten, das Ziel russischer Raketen gewesen war. Sie sprachen mit medizinischem Personal und mit Augenzeug\*innen. Sie dokumentierten, dass das Gebäude beschädigt ist, weil es angegriffen wurde. Das war möglich, weil etwa drei Quellen konkrete Angaben und den konkreten Zeitpunkt des Geschehnisses nannten.

### **Wie viele Menschen sind im Donbass in Kellern gefangen?**

Wir wissen es nicht. Auf einer offiziellen Liste standen am 24. Februar fast 400 Namen, aber wir haben viel mehr Anfragen von Angehörigen, die den Kontakt zu Gefangenen verloren haben. Mehr als 5000 Menschen kamen aus den Kellern im Donbass frei – weil Angehörige Geld gezahlt haben, der Staat Gefangene ausgetauscht hat oder sie fliehen konnten. Die meisten haben keine Möglichkeit, mit ihren Verwandten Kontakt aufzunehmen. →



### **Welche Auswirkungen hatte die russische Invasion?**

Die russischen Streitkräfte fielen in der Ukraine im Norden, Süden und Osten ein. Als sie teilweise zurückgedrängt wurden, entführten sie Zivilpersonen und brachten sie über Weissrussland oder über besetzte Gebiete nach Russland. Derzeit sind sehr viele Menschen in Russland in Haft. Wir haben nur 900 Namen auf unserer Liste, aber in Wirklichkeit sind es viel mehr. Sie werden ohne jegliche Anklage in russische Gefängnisse gesteckt. Sie haben weder Zugang zu Anwält\*innen noch Kontakt zu ihren Angehörigen. Die Russische Föderation müsste sie gemäss humanitärem Völkerrecht eigentlich freilassen. Aber diese Leute dürfen nicht nach Hause gehen. Und es werden immer mehr, denn Russland hat ein politisches Interesse daran, Menschen einzusperren.

### **Wie sieht es mit der Dokumentation von Kriegsverbrechen aus?**

Wir haben unsere Aktivitäten seit dem 24. Februar intensiviert, weil wir ein Tribunal für Putin wollen. In der Datenbank unserer Website Tribunal for Putin UA ([t4pua.org/de/](http://t4pua.org/de/)) haben wir jetzt eine Live-Statistik. Wir haben die Website mit Unterstützung der europäischen Delegation vor Ort erstellt. Es gibt sieben Sprachversionen der Website, auch Deutsch und Französisch. Bis zum 1. März 2023 hatten wir 33 979 Fälle in unserer Datenbank. Es werden jeden Tag mehr. Pro Woche kommen in der Regel über 1000 neue hinzu.

### **Wie sieht es mit dem Monitoring der Gesetzgebung in der Ukraine aus?**

Wir versuchen, zu beobachten und zu überprüfen, ob die ukrainische Regierung die Menschenrechtsstandards einhält. Aber in einer Kriegssituation kann Transparenz gefährlich sein, deshalb haben wir nur begrenzten Zugang zu relevanten Informationen. Trotzdem ist es für die Ukraine wichtig, die Menschenrechtsstandards einzu-

halten, um den Kandidatenstatus für die Europäische Union zu behalten.

### **Was ist mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag?**

Es gibt vier Formen von Völkerrechtsverbrechen: Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen der Aggression. Wir sind der Meinung, dass der Krieg gegen die Ukraine als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen der Aggression eingestuft werden muss. Kinder zu entführen, sie ihrer ukrainischen Identität zu berauben und sie in Russland bei russischen Familien unterzubringen, ist eines der Beispiele. Jemand aber fällt die Entscheidungen, die hinter diesen Aggressionen stehen: Präsident Putin und das Parlament, die Regierung, die Armee, die Geheimdienste, all diese Leute. Wie gesagt haben wir mehr als 33 000 Fälle. Der Internationale Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag wird nur etwa 20 Fälle aufgreifen, auch wenn er nun einen Haftbefehl gegen Putin erlassen hat.

### **Was erwarten Sie von Den Haag?**

Der ICC muss die russische Invasion in der Ukraine als Verbrechen der Aggression verurteilen. Aber wir brauchen auch ein internationales Tribunal für Russlands Aggression gegen die Ukraine. Und in diesem Tribunal wollen wir nicht zehn Richter\*innen aus der Ukraine und eine von der UNO gestellte Aufsicht oder so. Es muss ein ausgewogenes Gremium sein. Wir haben Tausende von dokumentierten potenziellen Kriegsverbrechen, die der ICC nicht behandeln kann. Ich denke, sie werden sich mit Butscha befassen und mit einigen Kategorien wie der Tötung von medizinischem Personal und dem Beschluss medizinischer Einrichtungen, aber nicht mit all den Tausenden von anderen Fällen.

Wir brauchen Strukturen, die eine Antwort auf jeden einzelnen dieser Fälle geben ... Wir brauchen einen gemeinsamen internationalen

und nationalen Mechanismus in der Ukraine. Auf internationaler Ebene benötigen wir die Unterstützung von Anwält\*innen, Staatsanwält\*innen und Richter\*innen, denn wir verfügen nicht über die nötige Erfahrung.

### **Wie sehen Sie die Reaktion der Schweiz auf den Krieg, und wie sehen Ihre Erwartungen aus?**

Russisches Geld versucht normalerweise, sich in Wirtschaftssystemen mit einem guten Regelwerk zu verstecken, denn die russische Wirtschaft kennt keine Regeln. Die Schweiz hat russische Gelder von Privatpersonen eingefroren, keine Staatsgelder. Das Ausmass der Korruption in Russland ist aber so gross, dass der Unterschied zwischen staatlichem und privatem Geld verschwindet ... Das Geld, das auf Schweizer Bankkonten landet, ist also eigentlich staatliches Geld – es sind Steuergelder, die die Schweiz aber als private Gelder entgegennimmt.

### **Welche Probleme ergeben sich daraus?**

In der Schweiz wissen Sie, wohin Ihre Steuern fliessen: Sie finanzieren damit Dienstleistungen und Produkte, die der Staat bereitstellt. In Russland ist das ganz anders: Der Staat erhält auch Geld von den Steuerzahlenden, aber das Geld aus natürlichen Ressourcen wie Öl oder Kohle macht ihn noch reicher. Mit einem normalen russischen Gehalt kann man unmöglich ein Konto bei einer Schweizer Bank haben. Nur Leute, die Geld stehlen, weil sie natürliche Ressourcen ausbeuten, oder solche, die mit dem russischen Staat kollaborieren, können ihr Geld auf Schweizer Banken deponieren.

### **Wie sollen nun die Schweiz und Europa reagieren?**

Regelbasierte Volkswirtschaften wie die Schweiz und die EU-Staaten können den Angriffen wilder Wirtschaftssysteme, wie es sie im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion

gibt, nicht standhalten. Das betrifft nicht nur Russland, auch hier in der Ukraine haben wir dieses Problem. Aber in der Ukraine sind wir dabei, die Finanzregulierung schrittweise zu verbessern, sodass wir mehr Transparenz haben und verstehen, woher das Geld kommt, wohin es geht und welche Art von Staatssystem garantieren kann, dass es nicht aus Korruption stammt.

Für die Schweiz und Europa ist das eine riesige Herausforderung, denn wird es nicht unter Kontrolle gehalten, wird das Geld aus diesen wilden Systemen ihr eigenes System zerstören. Schlimmer noch: Dieses Geld finanziert Russlands Militärmaschinerie im Krieg gegen die Ukraine. Sanktionen sind also ein Muss. Aber reicht es aus, die Gelder einfach zu blockieren? Nein. Die Schweiz und Europa müssen die Gelder als russische Staatsgelder anerkennen und sie für den Wiederaufbau und die Wiedergutmachung für die Menschen bereitstellen, die unter den Kriegsverbrechen des russischen Staates leiden.

**2022 haben das CCL, der belarussische Menschenrechtsaktivist Ales Bjaljazki und die russische**

**Menschenrechtsorganisation Memorial gemeinsam den Friedensnobelpreis erhalten. Was hat sich für Sie verändert?**

Vor allem hat sich damit die Wirkung unserer Botschaften verändert. Seit acht Jahren sprechen wir über internationale Gerechtigkeit sowie die Besetzung der Krim und des Donbass – leider mit begrenzten Reaktionen. Doch nun wird unsere Stimme gehört. Das macht einen grossen Unterschied.

**Korruption ist in der Ukraine seit der Unabhängigkeit ein grosses Thema. Wie wichtig ist der Kampf gegen die Korruption?**

In meinen Augen gibt es Korruption auf zwei Ebenen: auf der Ebene der normalen Leute und auf derjenigen des Staates. Auf der alltäglichen Ebene war die Korruption hier in der Ukraine für die ältere Generation die einzige Möglichkeit, irgendwelche Dienstleistungen zu bekommen oder ein normales Leben zu führen, weil die offiziellen Strukturen zu Zeiten der Sowjetunion völlig korrupt waren. Aber die Jüngeren sehen das ganz anders, sie haben selbst Unternehmen gegründet und mögen keine Korruption – sie haben verstanden,

dass es problematisch ist, mit Korruption Geld zu machen.

Korruption auf Staatsebene ist das grössere Problem, weil sie mit der Qualität der politischen Vertretung zusammenhängt. In der Schweiz haben Sie politische Vertreter\*innen, die sich um die Leute kümmern, denen sie Rechenschaft ablegen müssen. Sie müssen etwas liefern, um wiedergewählt zu werden. Für mich haben wir in der Ukraine jetzt das erste Parlament, in dem ein Drittel der Politiker\*innen klar jemanden vertritt, eine bestimmte Gruppe von Menschen. Davor waren die Parlamentarier\*innen überhaupt nicht für ihr Handeln verantwortlich.

Es ist eine gewaltige Herausforderung, Korruption zu beseitigen. Aber wir kämpfen dafür. Erst vor einigen Wochen gab es einen Skandal um die Lebensmittelversorgung der Soldat\*innen. Es wurde versucht, eine Menge Geld zu stehlen, das der Armee gehört. Dabei könnten wir mit diesem Geld vieles kaufen, zum Beispiel Waffen. Das Gute daran ist, dass die Leute jetzt sehen, dass Korruption sogar ihre eigene Sicherheit gefährden kann. Deshalb ist jetzt ein guter Zeitpunkt, dieses Thema voranzutreiben. ■



## Sascha Romanzowa

Sascha Romanzowa ist Geschäftsführerin des Centre for Civil Liberties (CCL) in Kiew. Seit über zehn Jahren trägt sie mit ihrer Organisation massgeblich zur Stärkung der ukrainischen Zivilgesellschaft sowie staatlicher Einrichtungen bei und setzt sich für die Förderung der Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung internationalen Rechts ein. Das CCL dokumentiert Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen und ebnet damit den Weg zur Rechenschaftspflicht, die seit der russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022 noch wichtiger geworden ist.



# Wann setzt der Bundesrat den hohen Medikamentenpreisen endlich ein Ende?

© Fabrice Coffrini/AFP

Anstatt Massnahmen zu ergreifen, um in Preisverhandlungen für patentierte Medikamente besser verhandeln zu können und die unverschämten Profitmargen der Pharmaunternehmen einzudämmen, gewähren die Schweizer Behörden diesen in Form von Geheimrabatten noch mehr Privilegien. Was ist darunter zu verstehen, und sinken die Medikamentenkosten in der Grundversicherung damit wirklich? – Natürlich nicht. Es gibt jedoch wirksame Mittel.

**PATRICK DURISCH**

Medikamente machen einen Viertel der Kosten der obligatorischen Krankenversicherung aus: Dieses von uns seit einiger Zeit belegte Verhältnis wird von Santésuisse in der Evaluation der Gesundheitskosten 2022 bestätigt. In seiner Medienmitteilung betont der Dachverband der Krankenkassen zudem, dass «die Medikamentenkosten in der Grundversicherung mit 4,6 % pro Person erneut überdurchschnittlich stark angestiegen sind». Dabei sind die Ausgaben für Medikamente im stationären Bereich, die in den Statistiken nicht detailliert aufgeführt sind und von Expert\*innen auf rund 1 Milliarde Franken pro Jahr geschätzt werden, noch nicht berücksichtigt. Insgesamt entfielen also 2022 rund 10 Milliarden Franken (von insgesamt 37,9 Milliarden Franken) auf Medikamente, die von der Grundversicherung übernommen wurden, wobei diese Zahl stetig steigt.

Im Gegensatz zu den Behauptungen der Pharmakonzerne und ihrer Lobby sind die Preise für neue Medikamente und ihre exzessiven Margen (siehe Public Eye Magazin Nr. 37 vom September 2022) also tatsächlich eine treibende Kraft hinter der Explosion der Gesundheitskosten in der Schweiz. Der Bundesrat gibt selbst zu, dass insbesondere patentgeschützte Produkte 75 % der Medikamentenkosten ausmachen (d. h. 7,5 Milliarden Franken im Jahr 2022). Während im Bereich der Generika zweifellos gespart werden kann, besteht das grösste Sparpotenzial bei den patentierten Medikamenten. Aber gerade hier passiert nichts (oder nur wenig).

Dabei sind es gerade die ständig steigenden Kosten in diesem Bereich, die unsere Versicherungsprämien in die Höhe treiben und die es dringend einzudämmen gilt. Der Bundesrat wagt es jedoch nicht, dieses Problem anzugehen, da er befürchtet, die allmächtige Pharmaindustrie – darunter die Basler Riesen Roche und Novartis – zu verärgern. Stattdessen schlug der Bundesrat im September 2022 ein neues Massnahmenpaket vor, um den Anstieg der Gesundheitskosten zu bremsen. Hierbei sollen unter anderem Preismodelle mit Geheimrabatten für Medikamente in der Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) verankert werden. Das Paket wird derzeit im Parlament diskutiert, aber es läuft nicht alles nach Plan, weil der Widerstand grösser als erwartet ist (siehe Box auf Seite 27).

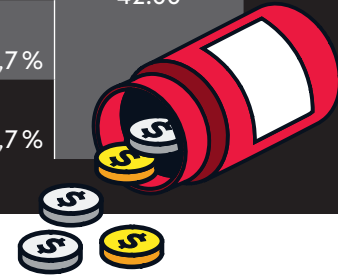
## **Was genau sind Geheimrabatte?**

Da neue und immer teurere Medikamente – insbesondere gegen Krebs – auf den Markt kommen, hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG), das für die Festsetzung der Medikamentenpreise zuständig ist, in den letzten zehn Jahren sogenannte Preismodelle eingeführt. Diese sollen die Modalitäten zur Aufnahme eines Medikaments in die Spezialitätenliste (SL) festlegen, damit teure Behandlungen möglichst rasch von der Grundversicherung übernommen werden können. Das KVG schreibt nämlich in Artikel 32 vor, dass die von der Grundversicherung bezahlten Leistungen «wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sein müssen».



**Tabelle: Preisentwicklung von Perjeta in der Schweiz (in CHF)**

Zeitspanne	Publikumspreis (brutto) pro Einheit	Rabatt, der mit Roche ausgehandelt wurde	Tatsächlicher Preis (netto) pro Einheit	Differenz zum ursprünglichen Bruttopreis	Differenz zum ursprünglichen Nettopreis	Produktionskosten pro Einheit
03/2013 – 08/2014	3782.25	1600.–	2182.25	–	–	42.00
07/2015 – 04/2018	3762.75	737.–	3025.75	–0,5%	+38,7%	
05/2018 – 12/2021	3304.10	452.33	2851.77	–12,6%	+30,7%	
Seit 01/2022	3152.20	627.98	2524.22	–16,7%	+15,7%	



Mit anderen Worten: Angesichts der immer horrenderen Preise, welche die Pharmabranche für ihre neu auf den Markt gebrachten Behandlungen verlangt, muss das BAG mit ihr einen Rabatt in Form einer Rückerstattung an die Krankenkasse der betroffenen Patient\*innen (häufigstes Modell), eines jährlichen Höchstbetrags der Kostenübernahme oder einer Kostenübernahme durch den Pharmakonzern im Falle eines Therapieversagens aushandeln. Denn nur so erfüllen diese Medikamente die gesetzlichen Anforderungen, um von der Grundversicherung vergütet zu werden. Immer mehr dieser Rabatte sind jetzt schon geheim und nicht mehr öffentlich einsehbar.

Diese Preismodelle sind also bereits auf dem Vormarsch und werden durch die KVG-Revision lediglich nachträglich abgesegnet. Laut der bundesrätlichen Botschaft zur KVG-Revision «sind die Pharmakonzerne bereit, ihre Medikamente zu deutlich niedrigeren Preisen anzubieten, solange nur der Höchstpreis veröffentlicht wird, d. h., wenn der tatsächliche Preis nicht bekannt ist».

### Pharma ist am längeren Hebel

Man opfert also den Grundsatz der Transparenz für sehr hypothetische kurzfristige Einsparungen, wie mehrere europäische und schweizerische Studien bestätigen, anstatt das eigentliche Problem zu bekämpfen: die Macht- und Informationsasymmetrie. Wenn ein Pharmakonzern einen Einstiegspreis für ein patentgeschütztes Produkt «vorschlägt», befindet er sich in einer Machtposition, da er eine Monopolstellung innehat. Zudem weiss das BAG nicht, wie viel die betreffende Firma aus eigener Tasche in die Forschung und Entwicklung des Medikaments investiert hat oder wie viele staatliche Subventionen sie dafür erhalten hat. Es gibt keine gesetzliche Bestimmung, die die Pharmaindustrie dazu verpflichtet, diese Informationen offenzulegen. Und sie wird sich hüten, dies freiwillig zu tun, um ihren Vorteil zu wahren. Dem BAG sind bei den Verhandlungen also die Augen ver- und die Hände

gebunden. Wie soll man unter diesen undurchsichtigen Bedingungen einen fairen Preis festlegen? Leider plant der Bundesrat, durch die gesetzliche Verankerung von Geheimrabatten die Intransparenz noch zu erhöhen und damit die Möglichkeiten des öffentlichen Drucks zu verringern. Ein regelrechtes Geschenk für die Pharma.

### Gibt es überhaupt gute Deals?

Das Beispiel des Brustkrebsmedikaments Perjeta von Roche, das wir schon vor einiger Zeit untersucht haben (siehe Public Eye Magazin Nr. 12 vom Juni 2018), zeigt, wie schwierig es ist, diese Preismodelle zu durchschauen, selbst bei (derzeit noch) öffentlichen Rabatten. Die Tabelle oben gibt einen Überblick über die Entwicklung der Preise von Perjeta, und zwar von 2013 (als das Arzneimittel erstmals in die SL aufgenommen wurde, welche die Medikamente aufführt, die von der Grundversicherung bezahlt werden) bis heute.

Der Publikumspreis (brutto) ist der Höchstpreis, welcher theoretisch von der Grundversicherung übernommen wird. Er ist in der Onlinedatenbank der SL (spezialtaetenliste.ch) gut sichtbar aufgeführt. Auch die Höhe des Rabatts in Prozent ist dort angegeben, allerdings in einem Abschnitt, den man auf den ersten Blick nicht sieht. Der tatsächliche Preis (Nettopreis) ist der Publikumspreis abzüglich des Rabatts, dessen Frankenbetrag man selbst berechnen muss; dieser Nettopreis wird schliesslich von den Krankenversicherungen bezahlt.

Zunächst könnte man meinen, dass die Behörden gute Arbeit geleistet haben, weil der Publikumspreis (brutto) im Zeitraum von 2013 bis heute um 16,7% gesunken ist. Bei genauerem Hinsehen stellt man jedoch fest, dass der Nettopreis (nach Abzug des Rabatts), also der Preis, der tatsächlich von der Grundversicherung übernommen wird, in zehn Jahren mit plus 15,7% erheblich gestiegen ist. Während der anfängliche «Deal» mit einem Rabatt von 1600 Franken gut aussah, trifft das

heute mit nur 628 Franken Rabatt pro Fläschchen nicht mehr zu. Ausserdem erscheint selbst der beste Nettopreis (2182 Franken) im Vergleich zu den geschätzten Produktionskosten von 42 Franken – basierend auf der Methode, die Public Eye im Herbst 2022 im Report zu den Gewinnmargen auf Krebsmedikamente benutzt hat – exorbitant hoch.

### Durchsichtige Strategie der Pharma

Der Bundesrat will uns durch die Auswahl einiger älterer und wenig unabhängiger Studien aus europäischen Ländern, die bereits Preismodelle praktizieren, glauben machen, dass das BAG mit vertraulichen (nicht veröffentlichten) Rabatten einen besseren Nettopreis erzielt hätte. All das ist sehr naiv, denn eine Pharmafirma kann problemlos einen guten Deal vorgaukeln, indem sie ihren Einstiegspreis höher ansetzt und gleichzeitig einen scheinbar hohen Rabatt «gewährt». Nichts leichter als das, denn sie tritt auf der Grundlage des stark überhöhten Preises in den USA (wo es keine staatliche Kontrolle in diesem Bereich gibt) in die Verhandlungen ein und muss diesen keineswegs auf der Grundlage ihrer eigenen Investitionen in Forschung und Entwicklung rechtfertigen. Dies tut die Pharma im Übrigen seit Jahren in ganz Europa, indem sie jedem einzelnen Land verspricht, im Vergleich zu seinen Nachbarn den besten Deal erhalten zu haben, solange die Rabatte vertraulich bleiben.

Diese Strategie des Teilens und Herrschens sollte bekämpft werden. Denn sie verleitet die Länder dazu, die tatsächlichen Preise aus Angst vor dem Verlust ihres sogenannten «besten Deals» nicht öffentlich bekannt zu geben, wodurch die Pharmariesen auf Kosten der Gesundheitssysteme (und damit der Versicherten) unverschämte hohe Gewinne erzielen können. Es braucht also mehr und nicht weniger Transparenz, um fairere Preise zu ermöglichen. Andernfalls wird die Pharma weiterhin am längeren Hebel sitzen und ihre Preise überall durchsetzen, wie es ihr passt.

### Es gibt Mittel und Wege für gerechtere Preise

Statt geheimer Rabatte, die an dem derzeitigen ungleichen Machtverhältnis bei der Preisfestsetzung nichts ändern werden, muss das BAG andere Wege finden, um seine Rolle als Regulierungsbehörde voll wahrnehmen zu können. Es gibt mehrere Lösungsmöglichkeiten, von denen einige schnell umgesetzt werden könnten:

- Internationale Zusammenarbeit stärken:** Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Österreich und Irland haben die sogenannte BeNeLuxA-Initiative ins Leben gerufen, zu deren Zielen ein verstärkter Informationsaustausch sowie gemeinsame Preisverhandlungen für teure Behandlungen gehören. Die Schweiz beteiligt sich an einem Teil der Initiative (frühzeitige Markteinführung künftiger Behandlungsmöglichkeiten),
- Mehr Transparenz herstellen:** Wie Italien könnte auch die Schweiz vorschreiben, dass die Investitionen in Forschung und Entwicklung, die derzeit nur der Pharmaindustrie bekannt sind, bei der Preisfestsetzung offengelegt werden müssen. Oder man könnte in einem ersten Schritt zumindest damit beginnen, die Angabe der erhaltenen staatlichen Subventionen einzufordern, wie es beispielsweise Frankreich vorsieht. Es ist absurd, dass eine Behörde, die den Pharmasektor und die Arzneimittelpreise regulieren soll, nicht über diese entscheidenden Informationen verfügt, um einen fairen Preis festzulegen. Dies wurde auch in der Transparenzresolution der Weltgesundheitsversammlung 2019 (WHA 72.8) gefordert, die von der Schweiz angenommen wurde. Sie sollte dem Beispiel Italiens oder Frankreichs folgen, schon allein aus Gründen der Regierungsführung und der Rechenschaftspflicht gegenüber ihren Bürger\*innen, die letztlich einen hohen Preis für diese Behandlungen zahlen. Mehr Transparenz ermöglicht es, die astronomischen Profitmargen der Pharmaunternehmen festzustellen, wie unser Report zu den Gewinnmargen auf Krebsmedikamente vom Herbst 2022 gezeigt hat (siehe Public Eye Magazin Nr.37).
- Vorgehen bei der Preisfestlegung anpassen:** Heute werden die Preise patentierter Medikamente ausschliesslich auf der Grundlage von untauglichen und verzerrten Vergleichen festgelegt. Zunächst auf geografischer Basis (Referenzpreissystem), indem ein Durchschnitt der Publikumspreise (brutto) in neun anderen europäischen Ländern berechnet wird, und dann auf therapeutischer Basis, indem die Preise von bereits auf dem Markt erhältlichen Produkten für die gleichen Anwendungsbereiche verglichen werden. Aufgrund der vertraulichen Rabatte entspricht jedoch keiner dieser Preise den tatsächlich in diesen Ländern geltenden Preisen. Es liegt im Interesse der Pharmaindustrie, diese fiktiven Preise (auch Schaufensterpreise genannt) überall so hoch wie möglich zu halten, da jedes Land sie bei der Festlegung seiner eigenen Preise berücksichtigt. So wird auch der Schweizer Preis (direkt oder indirekt) von über 30 Ländern auf der ganzen Welt als Referenz herangezogen, darunter auch von wirtschaftlich viel

schwächeren Ländern. Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass dieses System ineffizient und überholt ist, dennoch ändert sich nichts. Ein System der Preisfestsetzung, das die realen Investitionen in Forschung und Entwicklung, die tatsächlichen Kosten für Produktion und Distribution, das Marktvolumen sowie eine angemessene Gewinnmarge berücksichtigt, würde zu faireren Preisen führen, die die finanzielle Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme sichern und die Versicherungsprämien senken würden, ohne die Pharma in den Ruin zu treiben. So haben in den Niederlanden untersuchte Modelle gezeigt, dass ein fairer Preis für die Gentherapie Zolgensma von Novartis gegen die infantile spinale Muskelatrophie zwischen 200 000 und 400 000 Franken liegen würde, entsprechend den direkten Investitionen des Basler Riesen, während der Preis derzeit offiziell auf 2 Millionen Franken festgelegt ist!

- **Gegen missbräuchliche Monopole vorgehen:** Im Jahr 2018 führte Public Eye eine Kampagne zur Zwangslizenz durch. Dieses im nationalen und internationalen Recht anerkannte Instrument ermöglicht es einem Staat, trotz bestehenden Patenten die Vermarktung eines billigeren Generikums zu erlauben (siehe Public Eye Magazin Nr. 12 vom Juni 2018). Die Schweiz hat das Recht, jederzeit davon Gebrauch zu machen, wenn es zu missbräuchlichen Monopolen kommt. Mehrere Kampagnen und Studien auf US-amerikanischer und europäischer Ebene zeigen, dass dies auch bei Krebsbehandlungen der Fall ist. Allein die Androhung einer Zwangslizenz in der Schweiz verändert die Verhandlungsdynamik und kann einen Pharmariesen zu mehr Einsicht bringen – und zwar aus Angst davor, einen Präzedenzfall mit wahrscheinlichen internationalen Auswirkungen zu schaffen. Dies hat in der Schweiz auch das Beispiel der Firma Vertex mit ihrer unerschwinglichen Behandlung von zystischer Fibrose gezeigt.

Um faire Preise zu erreichen, hätte das BAG viele andere, effektivere Mittel als Geheimrabatte. Dazu müsste es allerdings den politischen Mut aufbringen, der allmächtigen Pharmaindustrie und deren Lobby im Parlament die Stirn zu bieten, um die notwendigen Reformen durchzusetzen. Die Tatsache, dass lediglich eine ineffektive Massnahme vorgeschlagen wird, die noch dazu schädlich ist und einen gefährlichen Präzedenzfall für die demokratische Kontrolle schafft, zeigt jedoch eine Form der Resignation seitens unserer Behörden. Dies muss sich unbedingt ändern, wenn wir die finanzielle Nachhaltigkeit unseres Systems der solidarischen Kostenübernahme im Gesundheitswesen, das bereits heute ernsthaft gefährdet ist, gewährleisten wollen. ■

## KVG-Revision: Wo steht der parlamentarische Prozess?

Im September 2022 hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N) mit der KVG-Revision begonnen. Diese umfasst unter anderem die Absicht des Bundesrats, Preismodelle für Medikamente mit Geheimrabatten gesetzlich zu verankern.

Im Oktober 2022 konnte sich Public Eye neben anderen Beteiligten vor der SGK-N zum Thema Preismodelle äussern. In ihrer Novembersitzung beauftragte die Kommission das BAG, «eine allfällige Stärkung der Zusammenarbeit mit dem Ausland zu prüfen, alternative Modelle für die Vergütung innovativer Medikamente und die Kriterien zur Preisüberprüfung zu evaluieren», und beschloss mit 14 zu 11 Stimmen, die Beratungen zur KVG-Revision erst nach Abschluss dieser Arbeiten fortzuführen. Im vergangenen Januar empfahl sie dem Bundesrat zudem, die ebenfalls laufende Revision der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV), die Vorwegbestimmungen über Geheimrabatte enthält, bis zum Abschluss der Parlamentsdebatten über die KVG-Revision zu suspendieren. Kurz darauf folgte ihr die entsprechende Kommission des Ständerats.

Gleichzeitig lehnte die für Datenschutz und Transparenz zuständige Staatspolitische Kommission (SPK-N) «eine Ausnahme vom Öffentlichkeitsprinzip für Dokumente zu Preismodellen bei Arzneimitteln (Art. 52c)» ab. Mit 16 zu 7 Stimmen beschloss sie, einen entsprechenden Mitbericht an die SGK-N einzureichen.

Alles, was wir während der Kampagne eingebracht haben (Streichung der KVG- und KVV-Artikel zu den Geheimrabatten, mehr internationale Zusammenarbeit, Warnung vor Preismodellen, mehr Transparenz), hat bei der SGK-N und sogar darüber hinaus ein politisches Echo gefunden. Die Beratung der KVG-Revision ist bis zum Erhalt der an die Verwaltung und den Bundesrat in Auftrag gegebenen Arbeiten suspendiert. Bei ihrer Wiederaufnahme wird die SGK-N eine Beratung der einzelnen Artikel vornehmen, bevor sie das Dossier für eine erste Plenardebatte an den Nationalrat zurückgibt. Danach geht es an den Ständerat und dann an eine mögliche Differenzbereinigung zwischen den zwei Kammern.

Das bedeutet, dass der Prozess noch mehrere Monate dauern wird, wahrscheinlich bis weit über das Jahr 2023 hinaus. Dies wird das BAG jedoch nicht davon abhalten, weiterhin geheime Rabatte auszuhandeln, ein Vorgehen, das bereits seit mehreren Jahren ohne echte Rechtsgrundlage praktiziert wird.



# Skandalöser Entscheid: Syngenta behält das Recht, die Natur zu patentieren

Ein breites Bündnis aus NGOs, Züchter- und Bauernverbänden hatte gegen ein Peperoni-patent von Syngenta Einspruch eingelegt. Nun hat das Europäische Patentamt diesen abgewiesen. Damit darf der Basler Konzern Peperoni, die resistent gegen die Weisse Fliege sind, weiterhin als seine Erfindung beanspruchen. Dabei hat Syngenta die Resistenz lediglich aus einer wilden Peperoni aus Jamaika in eine kommerzialisierbare Sorte hineingekreuzt.

ROMEO REGENASS



Die Verhandlung vom 16. Februar 2023 war eine zähe Sache: «Am frühen Nachmittag waren fast alle Patentansprüche Syngentas abgelehnt. Dann haben die Anwälte des Konzerns diese noch während der Verhandlung mehrfach umformuliert. Schliesslich hat die Einspruchsabteilung des Patentamts den juristischen Wortklaubereien stattgegeben und das umstrittene Patent bestätigt», sagt Carla Hoinkes, Expertin für Landwirtschaft und Ernährung bei Public Eye. Sie war bei der rund neunstündigen Verhandlung als Partei dabei. Ihr zufolge ist «der Entscheid der Einspruchsabteilung skandalös, steht er doch im Widerspruch zu allen politischen Entscheidungen der letzten Jahre».

Das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, die wichtigen Züchterverbände Europas und zahlreiche Bauern- und Nichtregierungsorganisationen sind sich nämlich einig: Natürliche Eigenschaften und Produkte aus herkömmlicher – also gentechnikfreier – Züchtung sollen nicht patentierbar sein. Und auch der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation (EPO) hat 2017 klargestellt, dass Patente auf Pflanzen aus im «Wesentlichen biologischen» Züchtungsverfahren unzulässig sind.

## Rückschlag für die Züchtung

«Dieser Entscheid ist ein grosser Rückschlag, insbesondere für kleinere und mittlere Züchtungsunternehmen», sagt Noémi Uehlinger, Züchtungsverantwortliche bei der Saatgutproduzentin Sativa Rheinau AG, die den Ein-

spruch unterstützt hat. «Wenn natürliche Eigenschaften patentiert und monopolisiert werden, behindert dies unseren freien Zugang zum Zuchtmaterial und somit die Entwicklung neuer Sorten.»

Durch diese Patente sind für Züchter\*innen um die Jahrtausendwende neue Probleme entstanden. Konnten sie früher davon ausgehen, dass sie bei der Verwendung von alten Sorten oder von wilden Verwandten von Nutzpflanzen aus Genbanken frei mit dem Material züchten konnten, ist dies nun nicht mehr der Fall. Wer heute die wilde Peperoni aus der öffentlich zugänglichen niederländischen Genbank für seine Züchtung benutzt, muss damit rechnen, dass seine neue Sorte unter das umstrittene Patent von Syngenta fällt.

## Grotesk lange Dauer des Verfahrens

Dass es neun Jahre dauerte, bis der Einspruch gegen das Patent überhaupt verhandelt wurde, ist ein weiterer Skandal – denn während all dieser Zeit galt Rechtsunsicherheit. Public Eye und Swissaid hatten 2014 das ein Jahr zuvor vom Europäischen Patentamt (EPA) bewilligte Patent EP2140023 gemeinsam mit 30 anderen Organisationen aus 27 Ländern angefochten. Dieses sichert Syngenta die exklusiven Rechte auf gegen Weisse Fliegen resistente Peperoni. Da die natürliche Insektenresistenz bloss durch gewöhnliche Züchtung aus einer wilden jamaikanischen in eine kommerzialisierbare Peperoni eingekreuzt wurde, handelt es sich aber eigentlich nicht um eine patentierbare Erfindung.

Wegen der grotesk langen Verfahrensdauer profitiert der Konzern seit fast zehn Jahren vom Patent, das in der Schweiz, Spanien, den Niederlanden, Deutschland und anderen europäischen Ländern rechtskräftig ist. Dabei würde das Patent nach der heutigen Rechtslage gar nicht mehr erteilt. 2020 bestätigte die Grosse Beschwerdekammer des EPA nämlich den Beschluss des EPO-Verwaltungsrats und stellte in einem historischen Grundsatzentscheid klar, dass Pflanzen und Tiere aus konventioneller, also gentechnikfreier Züchtung nicht patentierbar seien. Damit hatte sie auf die jahrelangen Forderungen von NGOs, Züchterverbänden, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission reagiert. Absurderweise gilt dies nach Auffassung der Beschwerdekammer aber nur für Patente, die nach dem 1. Juli 2017 eingereicht wurden. So könnte das EPA in den nächsten Jahren um die 300 hängige Patente gutheissen, die es eigentlich gar nicht mehr geben dürfte. Einmal erteilt, sind sie noch Jahre gültig und kommerziell nutzbar.

Darunter auch Syngentas Peperonipatent. Dabei erfüllt dieses nach Auffassung der Einsprechenden auch andere Bedingungen zur Patentierung nicht. Eine Resistenz aus einer Pflanze in eine andere zu kreuzen, sei nicht «erfinderisch», sondern züchterisches Alltagsgeschäft, betont Carla Hoinkes. Das Kommerzialisieren einer Insektenresistenz aus einer wilden Peperoni aus Jamaika gar ein Fall von Biopiraterie.

Syngenta hingegen betont die erfinderische Leistung. Gegenüber dem Westschweizer Onlineportal Heidi.News sagte der Konzern, um «eine Erfindung im Pflanzenbereich» zu entwickeln, sei ein Team von Züchter\*innen und Wissenschaftler\*innen rund zehn Jahre an der Arbeit. Deshalb sei man glücklich darüber, das Patent behalten zu dürfen; das ermögliche, die jahrelange Entwicklung zu finanzieren. Für Carla Hoinkes ist dieses Argument unzulässig: «Dass der Prozess der Kreuzung und Selektion zehn Jahre oder länger dauert, ist der Normalfall und mit Sicherheit kein Kriterium für ein Patent.»

### Vertragsstaaten müssen handeln

Leider geht das Problem weit über die Peperoni hinaus. Auch nach dem Erlass neuer Regeln durch den Verwaltungsrat der EPO werden Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen erteilt. Wie ein Bericht der Koalition No Patents on Seeds vom Juni 2022 zeigt, hat die Anzahl solcher Patentanträge in den letzten Jahren sogar zugenommen. Saatgutkonzerne nutzen dreist die Lücken im Patentrecht aus, um zum Beispiel Pflanzen mit zufälligen Mutationen oder bestimmte, in der Natur vorkommende Gene und ihre Eigenschaften zu patentieren. Syngenta etwa beansprucht in verschiedenen Patentanträgen Tausende von natürlich vorkommenden genetischen Variationen, die für die Züchtung von Nahrungspflanzen wie

Sojabohnen und Mais benötigt werden, um deren Resistenz gegen Pflanzenschädlinge zu verbessern.

Allein im Dezember 2022 erteilte das EPA mindestens vier solche Patente auf Braugerste, Melonen, Tomaten und sogar Löwenzahn. «Deshalb müssen die Vertragsstaaten im EPO-Verwaltungsrat endlich die Regeln präzisieren, um die Trickereien der Patentanwälte\*innen zu unterbinden und die Patentierung von Pflanzen und Tieren aus konventioneller Zucht endgültig zu stoppen», sagt Carla Hoinkes. Dazu braucht es klare politische Vorgaben der Mitgliedstaaten des Europäischen Patentübereinkommens, darunter auch die Schweiz. Rund 250 000 Mitunterzeichnende und 70 Organisationen aus 18 europäischen Ländern unterstützen diese Forderung der Koalition No Patents on Seeds in einer Petition.

### Patent hemmt die Innovation

Derweil macht Syngenta weiterhin Kasse mit dem Patent, das nach dem Entscheid für weitere vier Jahre bestehen bleibt, bevor es abläuft. Wer Peperoni züchtet, darf in dieser Zeit zwar mit der natürlichen Resistenz arbeiten, aber nur für nicht kommerzielle Zwecke. Doch wer kann daran ein Interesse haben? Carla Hoinkes: «Welches Unternehmen will schon in die Entwicklung einer neuen Sorte investieren, wenn es damit rechnen muss, diese am Ende nicht vermarkten zu können, weil sie unter das Patent von Syngenta fällt?» ■

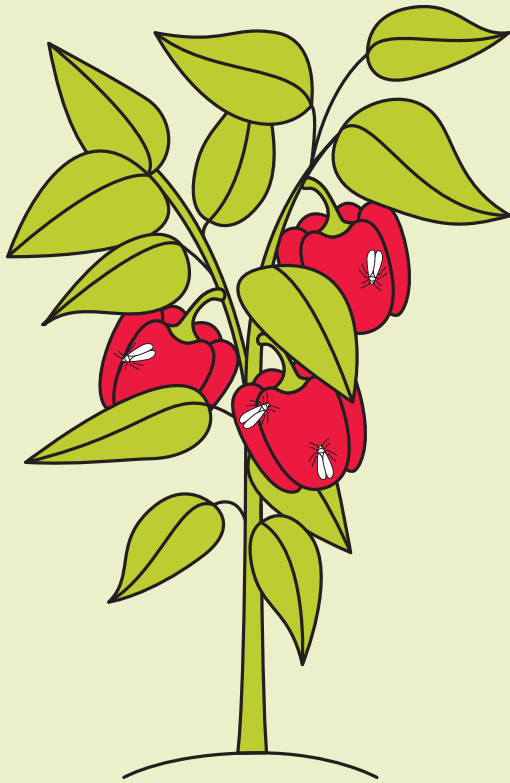


Eine Grafik zur Geschichte des Peperonipatents finden Sie auf der nächsten Doppelseite. →

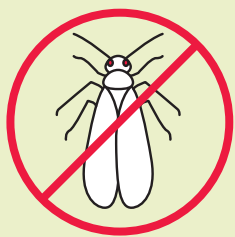
## FREE PEPPER

### Wie aus einer natürlichen Peperoni eine patentierte Pflanze wurde

Am 8. Mai 2013 hat das Europäische Patentamt (EPA) Syngenta, dem weltweit grössten Agrochemiekonzern, ein Patent auf konventionell gezüchtete, insektenresistente Paprikapflanzen erteilt. Eine breite Koalition erhebt daraufhin Einsprache gegen das Patent auf die Peperoni – eine angebliche «Erfindung» Syngentas. Im Februar 2023 lehnt das EPA den Einspruch ab.



Insekten wie Thripse oder die Weisse Fliege befallen und schädigen Paprikapflanzen.



Die wilde Paprikapflanze aus Jamaika



#### 1 PAPRIKAS

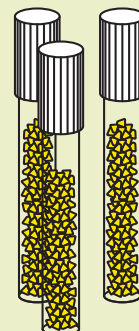
Paprikapflanzen gehören zur Familie der Nachtschattengewächse. Vermutlich wurden sie vor mehr als 9000 Jahren im heutigen Mexiko domestiziert. Heute werden sie in diversen Formen wie Chilis, Jalapeños, Peperoni oder Peperoncini als Lebensmittel, Gewürz und Heilmittel verwendet. Die Pflanzen sind anfällig auf verschiedene Insektenarten wie Thripse und die Weisse Fliege. Diese können den Ertrag sowie den Marktwert verringern.

#### 2 JAMAIKA

In Jamaika gibt es eine wilde Paprikapflanze, die gegen den Befall von Thripse und der Weissen Fliege resistent ist. In den 1970ern hat Professor Paul G. Smith von der Universität von Kalifornien diese Pflanze in Jamaika gesammelt und in die USA gebracht.

#### 3 HOLLAND

Von der Universität in Kalifornien gelangte die wilde Peperoni 1976 in die holländische Saatgutbank Centre for Genetic Resources, the Netherlands (CGN).





Die Anmeldung beim EPA gibt Syngenta die Möglichkeit, das Patent in 38 Ländern anzuwenden. Heute ist es unter anderem in der Schweiz, Spanien, den Niederlanden und Deutschland rechtskräftig.



### 7 ABWEISUNG DER EINSPRACHE

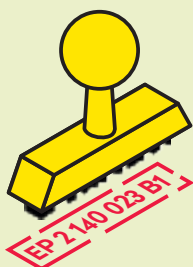
Im Februar 2023 lehnt das EPA den Einspruch gegen das Syngenta-Patent ab. Dies, obwohl wichtige politische Entscheidungen der letzten Jahre klarstellen, dass Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen unzulässig sind.

Solche Patente verstärken die Marktkonzentration und fördern die Monopolisierung der Biodiversität durch grosse Agrarkonzerne. Sie gefährden den freien Zugang zum Zuchtmaterial und damit die Innovation, und sie sind ein Risiko für die Ernährungssicherheit.



### 6 EINSPRACHE

2014 reicht eine breite Koalition aus NGOs, Bauern- und Züchterverbänden Einsprache gegen das Patent ein. Sie argumentiert, dass Syngenta die Resistenz nicht erfunden haben kann, da diese bereits in der Natur existiert.

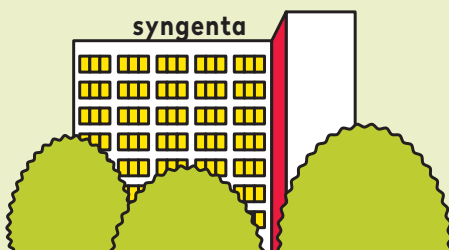


### 5 PATENTANMELDUNG

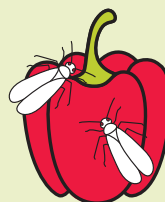
2008 meldet Syngenta ein Patent beim EPA an und beantragt exklusive Rechte auf Paprikapflanzen, die gegen die Weisse Fliege resistent sind. Das Patent wird fünf Jahre später erteilt und ist in vielen europäischen Ländern gültig. Dies bedeutet, dass andere Züchter\*innen nicht mehr frei mit der natürlichen Insektenresistenz arbeiten dürfen.

### 4 SYNGENTA

Syngenta erhielt die wilde Peperoni von CGN und fing ungefähr 2002 an, damit zu züchten. Sie kreuzte die wilde mit kommerziellen Paprikapflanzen. Dabei konnte das gewünschte Merkmal – die Insektenresistenz – mittels Präzisionszucht spezifisch selektiert und in eine kommerzielle Peperoni übertragen werden. Die Präzisionszucht (Smart Breeding) ist eine konventionelle Züchtungsmethode, bei der die Kreuzung und die Selektion durch technische Hilfsmittel unterstützt werden.



Anfällige, kommerzielle Paprikapflanze



Resistente, wilde Paprikapflanze



Smart Breeding



Resistente, kommerzielle Paprikapflanze



बिना नाम  
पुस्तिका  
दिनांक  
२४-०४-२०१३  
बालिका बाहुन  
आमाको घर अन्तर्गत  
गुप्त स्थिति  
अन्तर्गत  
कोसोसो बाहुनको घर  
माथो कोसोसो बाहुनको घर  
२४-०४-२०१३

Victims of Rana Plaza disaster  
24-04-2013  
**REST IN PEACE**  
Our memories are sprayed  
with a billion tears.  
We will never forget.



# Zehn Jahre nach der Tragödie von Rana Plaza hat sich in der Textilindustrie wenig getan

Der Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch jährt sich am 24. April 2023 zum zehnten Mal. Das tragische Ereignis hat der Welt vor Augen geführt, unter welch skandalösen Umständen die Kleider produziert werden, die wir alle tragen. Seither hat sich einiges verbessert, doch die Bekleidungsindustrie ist nach wie vor geprägt vom globalen Wettlauf nach unten: immer mehr, immer billiger. Um diesen Irrsinn zu stoppen, braucht es politische Leitplanken – auch in der Schweiz.

ELISABETH SCHENK UND ROMEO REGENASS

**W**o vor zehn Jahren 1138 Menschen ums Leben kamen, ist längst der Alltag eingeleert: Strassenküchen bieten Bananen und andere Lebensmittel an, auf dem Gelände der eingestürzten Fabrik Rana Plaza in Savar nahe der bangladeschischen Hauptstadt Dhaka wuchert das Grün. Die gewaltige Menge Schutt und Kleider, die von der Katastrophe übrigblieb, haben die Behörden längst in einer riesigen offenen Deponie entsorgt. Doch «Aus den Augen, aus dem Sinn», das funktioniert hier nicht: Rana Plaza hat sich tief ins kollektive Gedächtnis der Menschen in Savar eingebrannt. Entsorgt wurde der Schutt, aber die Sorgen, die verschwanden nicht, im Gegenteil.

Rund 2000 verletzte Arbeiter\*innen überlebten die Katastrophe vom 24. April 2013 zwar. Doch sie leiden noch heute an den gesundheitlichen und sozialen Folgen des Einsturzes, ebenso wie die Familien der 1138 Opfer, die in den Trümmern starben, keinen Tag verbringen, ohne an die Tragödie zu denken.

Das bislang düsterste Kapitel in der Geschichte der Bekleidungsindustrie führte im Mai 2013 zum Abkommen über Brand- und Gebäudesicherheit, dem «Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh». Die von Public Eye mitgetragene Clean Clothes Campaign (CCC) unterzeichnete das Abkommen als Zeugin und nahm in der Umsetzung eine kritische Beobachterinnenrolle ein.

Das Gebäudesicherheitsabkommen, das als «Bangladesh Accord» Geschichte machte, war ein Meilen-

stein in der Industrie, denn erstmals konnte damit eine rechtlich verbindliche Vereinbarung zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten geschaffen werden. Über 200 Firmen hatten das Abkommen unterzeichnet, das 1600 Fabriken mit insgesamt 2,5 Millionen Beschäftigten in Bangladesch abdeckte.

Das Programm für mehr Gebäude- und Brandschutzsicherheit ist einzigartig in Bezug auf Rechtsverbindlichkeit, Umfang, Verpflichtungen der Firmen, Transparenz und Inspektionen. Das Abkommen wurde zwischen den globalen Branchengewerkschaften Industriall Global Union, Uni Global Union sowie lokalen Gewerkschaften und international tätigen Markenfirmen geschlossen. Einerseits hat es präventiven Charakter (z. B. durch unabhängige Inspektionen und Arbeiternehmerkomitees) und andererseits verpflichtet es die unterzeichnenden Firmen, Missstände in ihren Zulieferfabriken zu beheben.

## Die Entschädigungen reichen nirgends hin

Der Accord hat die Sicherheit in den Textilfabriken Bangladeschs wesentlich verbessert. 2018 wurde das Abkommen um weitere drei Jahre verlängert, Ende Mai 2021 lief es aus. Dank zähem Kampf von internationalen Gewerkschaftsverbänden sowie Unterzeichnerorganisationen wie der CCC ist seit dem 1. September 2021 ein neues, internationales Abkommen in Kraft (siehe Artikel auf Seite 39).

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Einsturzes wurde von der CCC und weiteren Organisationen der Zivilgesellschaft die Kampagne für eine vollständige und gerechte Entschädigung der vom Einsturz des Rana-Plaza-Gebäudes betroffenen Familien initiiert. Die Kampagne

---

← Eine Gedenktafel erinnert am Ort der Katastrophe an die Opfer von Rana Plaza.



forderte Modeunternehmen und Einzelhändler immer wieder dazu auf, über wohltätige Spenden hinauszugehen und konkrete Massnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Familien der durch den Einsturz Verstorbenen nicht in noch grössere finanzielle Notlage gedrängt werden und dass die Tausenden von Verletzten die notwendige medizinische Versorgung erhalten.

Als Ergebnis dieser Kampagne und auf Druck von Regierungen und internationalen Organisationen kam es zu Verhandlungen, und das Rana-Plaza-Entschädigungs-Abkommen wurde geschlossen. Die Summen, die an die Überlebenden ausgezahlt wurden, waren jedoch niedrig, und das auch für die lokalen Verhältnisse. Die Kosten von medizinischen Behandlungen wurden und werden zudem nicht vollständig übernommen. Deshalb kämpfen die in ihrer grossen Mehrheit weiblichen Überlebenden noch immer mit den Spätfolgen der Katastrophe (siehe Porträts auf den Seiten 36 und 37). Die Gesamtsumme, die Überlebende und Angehörige von Toten in den letzten zehn Jahren erhalten haben, beträgt laut der lokalen Zeitung «Dhaka Tribune» weniger als 40 Millionen US-Dollar.

Ein Grund dafür ist, dass das internationale Übereinkommen, auf das sich das Entschädigungsverfahren stützt,

nur die Entschädigung für Einkommensverluste abdeckt, nicht jedoch für Schmerzensgeld. Ausserdem basierte die Berechnung für Entschädigungen auf dem Armutslohn-niveau der Bekleidungsindustrie. Es ist daher von grösster Bedeutung, für existenzsichernde Löhne zu kämpfen.

### Skrupellose Fabrikbosse noch immer nicht verurteilt

Gemäss der Menschenrechtsorganisation Business & Human Rights Resource Centre demonstrierten die Überlebenden von Rana Plaza im April 2022 in Savar, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, darunter eine lebenslange Entschädigung für die verletzten Arbeiter\*innen. Weiter fordern sie die Rehabilitierung der Arbeiter\*innen, lebenslange Behandlungsmöglichkeiten, die Sicherstellung einer maximalen Bestrafung und die Beschlagnahmung des Eigentums all jener, die für den Vorfall verantwortlich sind, sowie die Ausrufung des 24. Aprils als Tag der Arbeitermorde.

Was für die Opfer von Rana Plaza besonders schlimm ist: Diejenigen, die des Mordes angeklagt wurden, weil sie die Arbeiter\*innen in das Gebäude zurückgedrängt hatten, wurden zwar angeklagt, jedoch noch nicht verurteilt. Einen Tag vor dem Einsturz von Rana Plaza





hatten Behörden zur Schliessung des Gebäudes aufgefordert. Die im Gebäude eingemieteten Geschäfte und eine Bank waren der Aufforderung unmittelbar nachgekommen, die Besitzer\*innen der Textilfabriken im oberen Teil des Gebäudes hingegen hatten die Textilarbeiter\*innen unter Druck gesetzt, weiter zur Arbeit zu gehen. Wenige Stunden später brach das Gebäude zusammen.

### Was hat Rana Plaza in der Industrie ausgelöst?

Rana Plaza wurde auch von Industrie und Politik als Weckruf verstanden, so haben etwa die G7 den Fabrikeinsturz zum Anlass genommen, bessere Arbeitsbedingungen und einen dauerhaften Entschädigungsfonds für Fabrikunfälle zu fordern. Doch von den damaligen Statements ist wenig übriggeblieben, die Industrie ist schnell wieder in den Business-as-usual-Modus übergegangen, und umfassende internationale politische Vorstösse sind ausgeblieben.

Auch das Geschäftsmodell der Branche ist im Wesentlichen gleichgeblieben: Die Bekleidungsindustrie ist nach wie vor geprägt vom globalen Wettlauf nach unten: immer mehr, immer billiger. Textilien sind der mit Abstand wichtigste Wirtschaftszweig in Bangladesch, dem weltweit zweitgrössten Exporteur nach China. Die Bekleidungsindustrie macht 90 % der Exporte aus, weshalb das Land von den Aufträgen grosser internationaler Modeunternehmen stark abhängig ist.

2018 erhöhte die Regierung den seit fünf Jahren unveränderten monatlichen Mindestlohn für die Branche zwar von 5300 auf 8000 Taka, knapp 70 Schweizer Franken (Stand Mitte März 2023). Doch diese Erhöhung lag weit unter der Forderung der Gewerkschaften von 16 000 Taka, weshalb nach Bekanntgabe des neuen Mindestlohns Anfang 2019 Tausende Arbeiter\*innen auf die Strasse gingen und mindestens 16 000 Taka forderten. An einer gewalttätigen Auseinandersetzung, bei der die Polizei Gummigeschosse, Tränengas und Wasserwerfer einsetzte, um die Menschenmenge zu zerstreuen, wurde gemäss der Menschenrechtsorganisation Business & Human Rights Resource Centre 1 Person getötet, 50 weitere wurden verletzt.

Im Herbst 2023 steht erneut eine Lohnverhandlungsrunde an. Die Gewerkschaften fordern aktuell 22 000 bis 25 000 Taka. Die Nichtregierungsorganisation Asian Floor Wage hat 2022 berechnet, dass ein existenzsichernder Lohn sogar bei rund 53 000 Taka liegen müsste. Fabrikbesitzer behaupten, sie könnten das nicht finanzieren. Doch die grossen Modeunternehmen haben die Mittel und sollten eine gemeinsame öffentliche Erklärung abgeben, in der sie die Erhöhung

Fortsetzung auf Seite 38 →

---

← «Ich habe deine Kleider genäht»: Arbeiter\*innen demonstrieren für eine gerechte Entschädigung für die Opfer von Rana Plaza und mehr Sicherheit in den Fabriken.



## «Viele Überlebende erhielten keine angemessene Behandlung»

Der Gewerkschafter Kobir Hossen kritisiert die fehlende Transparenz des Opferfonds und die ungenügenden Entschädigungen für die Opfer. Und er fordert, dass die Löhne in kürzeren Abständen steigen.

« Im Rana-Plaza-Gebäude liessen über 30 Modemarken Kleidung produzieren. 20 von ihnen erklärten sich schliesslich bereit, auf die Forderungen von Gewerkschaften und NGOs einzugehen und Angehörige von Verstorbenen sowie verletzte Arbeiter\*innen zu entschädigen. 5 entschieden sich dagegen, darunter der US-amerikanische Gigant Walmart.

Zur Entschädigung wurde ein Opferfonds eingerichtet und mit Geld ausgestattet, das an Betroffene gehen sollte. Zum Beispiel an Familienangehörige, die bei der Katastrophe einen geliebten Menschen verloren hatten, aber auch an die Überlebenden. Zudem sollte der Fonds sicherstellen, dass verletzte Arbeiter\*innen medizinisch behandelt werden.

Doch das funktionierte nicht richtig, denn die Art und Weise, wie der Fonds gespiesen und verwaltet wurde, war nicht transparent. Deshalb erhielten viele Überlebende keine angemessene Behandlung. Dabei benötigen sie auch zehn Jahre danach noch medizinische und psychologische Hilfe. Wie verzweifelt viele sind, zeigt sich daran, dass 14 ehemalige Rana-Plaza-Arbeiter\*innen Selbstmord begangen haben; einige stürzten sich vor ein fahrendes Auto, andere nahmen eine Überdosis Tabletten.

Gesunde Menschen können vom 18. bis zum 60. Lebensjahr arbeiten. Aus Sicht der Gewerkschaften hätten die Familien von Verstorbenen für ihre Einkommensverluste deshalb bis zu 25 000 US-Dollar bekommen sollen. Doch die Familien erhielten viel weniger.

Bei den Löhnen sieht die Regierung alle fünf Jahre eine Erhöhung von etwa 5% vor. Die Arbeiter\*innen sollten jedoch mindestens alle zwei Jahre eine Lohn-erhöhung erhalten. Die Lebenshaltungskosten steigen ständig, und die Arbeiter\*innen müssen ihre Familien unterstützen. Von einem Existenzlohn ist man noch weit entfernt. »

## «Rana Plaza hat mein Leben und meine Familie zerstört»

Die Textilarbeiterin Nilufa hatte ein Leben mit Perspektive. Rana Plaza machte es ihr zur Hölle. Sie findet, dass die Modemarken, die im Rana Plaza Kleider nähen liessen, dafür sorgen müssten, dass es den verletzten Arbeiter\*innen gut geht und sie gesund sind. Und sie fordert sichere Arbeitsplätze in den Fabriken.



« Ich habe über sechs Jahre im Rana-Plaza-Gebäude gearbeitet. Damals ging es uns gut. Meine Mutter kümmerte sich um meinen Sohn, mein Mann steuerte etwas zum Haushaltseinkommen bei, aber der grösste Teil kam von mir. Ich finanzierte sogar zwei Haushalte, unseren und den meiner Mutter. Und ich bezahlte die Ausbildung meines Sohnes.

Rana Plaza veränderte alles. Viele Arbeiter\*innen verloren ihr Leben, und wer überlebte, kämpft mit seinem Schicksal. Schauen Sie mich an: Ich verlor ein Bein. Anderen fehlt eine Hand, ein Fuss – unzählige sind traumatisiert.

Ein paar Jahre später verlor ich auch meinen Mann: Er war so lange glücklich, wie ich das Geld nach Hause brachte. Nachdem ich keine Arbeit mehr hatte, verliess er mich. Damit verlor ich den Respekt meines Sohnes; er ist 16 und will mich nicht mehr besuchen. Ich kann auch nicht mehr für seine Ausbildung aufkommen. Jetzt habe ich Angst; ich schäme mich, mit ihm zu sprechen. Auch meine Familie hat den Respekt vor mir verloren, seit mein Mann weg ist.

Rana Plaza hat mein Leben und meine Familie zerstört. Das tut weh. Es gibt Leute, die sagen, ich wäre besser gestorben. Obwohl wir beim Einsturz nicht unser Leben hergeben mussten, fühlen wir Überlebenden uns manchmal tatsächlich wie tot. So wie jetzt möchte ich jedenfalls nicht weiterleben.

Viele Leute hier meinen, die erhaltenen Entschädigungen hätten uns reich

gemacht. Das stimmt nicht. Ich habe im Alter von 18 bis 25 Jahren dort gearbeitet und umgerechnet bloss 423 US-Dollar erhalten. Dabei habe ich sogar mein Bein verloren. Deshalb finde ich auch nirgends Arbeit, obschon ich intensiv danach suche: Wer Arbeit zu vergeben hat, sieht das fehlende Bein und winkt sofort ab.

Ich fordere die Regierung auf, uns mehr Entschädigung zu bezahlen. Das ist sie uns schuldig. Ich möchte, dass alle innerhalb und ausserhalb des Landes mithelfen, Druck auf unsere Regierung auszuüben.

Vor einiger Zeit lieh ich mir umgerechnet 18 US-Dollar und eröffnete einen kleinen Verkaufsstand mit Zigaretten. Aber ich werde von der Polizei schikaniert und muss immer wieder umziehen. Zudem geht es mir oft so schlecht, dass ich den Stand gar nicht öffnen kann.

Seit der Katastrophe sind jetzt zehn Jahre vergangen, und die Opfer erhalten immer noch nicht die medizinische Behandlung, die sie brauchen. Ich habe zwölf Arbeitskolleg\*innen, die seit dem Einsturz gestorben sind, weil sie nicht angemessen behandelt wurden.

Wegen des Beins war ich während sieben Jahren in über 20 Spitälern, insgesamt wurde ich elfmal operiert. Die letzte Behandlung kostete 4203 US-Dollar. Bei einigen Behandlungen weiss ich nicht, wer sie bezahlt hat, die Regierung oder eine Hilfsorganisation. Aber seit einiger Zeit muss ich selbst dafür

aufkommen. Jetzt steht eine Operation an, die 7000 US-Dollar kostet. Wer soll das bezahlen? Allen, die beim Einsturz von Rana Plaza verletzt wurden, sollten die Arztrechnungen bezahlt werden.

Was uns Arbeiter\*innen im Rana Plaza passiert ist, sollte niemandem mehr widerfahren. Ich will, dass sich die Sicherheitsstandards ändern und die Textilfabriken ein sicherer Arbeitsplatz sind.

Die Marken, die im Rana Plaza produzierten, müssten dafür sorgen, dass es den verletzten Arbeiter\*innen gut geht und sie gesund werden. Nur dank uns konnten sie grosse Gewinne machen. Sie müssen jetzt Verantwortung übernehmen und uns stärker unterstützen. Leider haben sich nicht alle Marken an den Entschädigungen beteiligt. Hätten sie es getan, müssten wir nicht die Regierung um Hilfe bitten.

Ich habe mir schon lange gewünscht, dass ich mal mit einem Minister sprechen könnte. Dann würde ich ihm einiges über die Branche erzählen. Ich verstehe nicht, wie die Behörden unser Leid nicht sehen können. Alles ist online, auf Facebook. Wir leiden, aber sie sind blind.

An den Ort, wo das Rana Plaza stand, kann ich nicht mehr. Dort höre ich noch immer die Schreie der Arbeiter\*innen, die sich beim Einsturz in Sicherheit bringen wollten. »



## «Niemand versteht das Leid, das wir durchmachen»

Die Textilarbeiterin Shila möchte nicht, dass irgendjemand ein Leben führen muss, wie es die Opfer von Rana Plaza heute haben. Weil sie nicht mehr arbeiten kann, erhält sie Lebensmittel von Nachbar\*innen. Die Modemarken, die im Rana Plaza produzieren liessen, fordert sie dazu auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen.



« Seit Rana Plaza hat sich mein Leben immer weiter verschlechtert. Wir Opfer sind ständig am Kämpfen für unsere Rechte und ums Überleben. Im Moment habe ich das Gefühl, mich einfach umbringen zu wollen. Ich habe einen Tumor im Magen, zudem Diabetes. Mein Rückenmark ist verletzt, ich habe einen Blasenkatheter, den ich tragen muss. Deshalb kann ich nicht arbeiten, ich bin nicht vermittelbar.

In den letzten zehn Jahren wurden wir Rana-Plaza-Opfer als Produkt benutzt; die Medien schlachteten unsere Not aus. Aber die Leute sehen nicht, dass wir Menschen sind, die leiden. Niemand versteht das. Die Menschen können nicht sehen, wie sehr wir innerlich leiden, nur wir können es sagen.

Weil ich nicht mehr arbeiten kann, erhalte ich Lebensmittel von meinen Nachbar\*innen. Ich habe einen Sohn, um den ich mich nicht kümmern kann. Er ist bei meiner Schwester. Er war ein Musterschüler, der viele Preise gewonnen hat, aber er musste seine Ausbildung abbrechen, weil ich sie mir nicht mehr leisten kann. Für eine Mutter fühlt sich das ganz schlimm an, es ist kaum auszuhalten.

Ich habe keine vollständige und angemessene Entschädigung erhalten; sie wurde gekürzt. Umgerechnet waren es lediglich 336 US-Dollar. Wir Opfer wurden mit dieser Entschädigung über den Tisch gezogen. Wenn die Gelder, die die Regierung erhalten hatte, gerecht verteilt worden wären,

müsste mein Sohn nicht bei meiner Schwester leben. Und er hätte seine Ausbildung machen können.

Weil es mir an Geld fehlt, kann ich nicht einmal die Operationen bekommen, die mein Körper braucht. Was für ein Leben ist das?

Zurzeit bezahlt eine Stiftung einen Teil unserer Behandlungen. Aber sie geben uns nicht die Medikamente, die wir brauchen. Sie schicken uns immer wieder in verschiedene Spitäler, und dort müssen wir selbst bezahlen. Unlängst musste ich einen Scan für 121 US-Dollar machen lassen. Ich musste die örtliche Moschee bitten, das zu bezahlen.

Auf dem Papier sollte der Treuhandfonds für unsere Behandlung aufgenommen, aber in Wirklichkeit können wir die Korruption sehen, die hier stattfindet.

Aufgrund dessen, was wir durchgemacht haben und wie es sich auf unser Leben ausgewirkt hat, brauchen wir bis zu unserem Tod Unterstützung. Dafür sollte es einen Fonds geben, und wenn dieser nur 46 US-Dollar im Monat zahlen würde. Wir verlangen nicht viel, wir wollen nur ein normales Leben führen können. Alle haben von unserer Arbeit profitiert. Jetzt sollten sie ihre Verantwortung wahrnehmen.

Und unsere Kinder brauchen Unterstützung für ihre Ausbildung. Wenn wir wie früher arbeiten könnten, hätten wir sie unterstützt. Jetzt können wir das nicht.

Wäre ich gesund, würde ich so arbeiten wie früher, ich hatte eine Senior-Anstellung in der Fabrik. Dann könnte ich ein gutes Gehalt verdienen, aber stattdessen muss ich die Leute anbetteln.

Wenn ich den Leuten von meinen Verletzungen erzähle, sagen sie, ich würde schauspielern, zudem sei ich dank der Entschädigung doch Millionärin. Niemand versteht das Leid, das wir durchmachen. Wie viele Tage können wir noch so leben? Ich möchte wirklich nicht, dass irgendjemand das Leben führen muss, das wir Opfer haben.

Wir wollen, dass die Käufer, für die wir Kleidung hergestellt haben, sich um uns und unsere Familien kümmern. Wir wollen, dass sie die Ausbildung unserer Kinder unterstützen und dass sie uns in die Lage versetzen, uns selbst zu ernähren. Das ist alles, was wir wollen. »

**Die Aussagen, die diesem Porträt und denjenigen von Nilufa und Gewerkschafter Kobir Hossen zugrunde liegen, wurden von Rainbow Collective & Cinema Gang in einem vor Ort gedrehten Video aufgenommen.**

unterstützen und ihre Einkaufspraktiken entsprechend anpassen. Zudem ist der Abstand von fünf Jahren zwischen den Mindestlohnrevisions viel zu lang angesichts der Inflation. Die Überprüfungen sollten häufiger vorgenommen werden.

Seit mehr als 20 Jahren gibt es vielfältige freiwillige Brancheninitiativen, Programme und Standards, die ihren erklärten Zielen zufolge zu mehr Nachhaltigkeit führen sollen. Doch die Bilanz ist ernüchternd: Ambitioniertere Initiativen verharren in Nischen, andere schaffen es noch nicht einmal, niedrig gesteckte Standards effektiv umzusetzen. Diese haben sich für Modeunternehmen in erster Linie als eine weitere Möglichkeit erwiesen, ihren Ruf zu verbessern, anstatt wirklich Massnahmen zu wichtigen Themen wie Löhnen und der Repression von Gewerkschaften anzugehen. Der internationale Gewerkschaftsdachverband Ituc stuft in seinem Global Rights Index Bangladesch als eines der zehn schlimmsten Länder für Arbeiter\*innen ein.

### Auch die Schweiz muss handeln

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in globalen Lieferketten erfordert politisches Handeln und die gesetzliche Verankerung von verbindlichen Massnahmen,

damit alle Unternehmen in ihren internationalen Lieferketten Menschenrechte einhalten, inklusive des Rechts auf einen Existenzlohn.

In der EU gibt es mit der EU-Textilstrategie eine Reihe neuer Regulierungsvorstösse, die explizit Fast Fashion einschränken und die Textilindustrie nachhaltiger machen sollen. Die Schweiz hingegen hinkt auf dieser Ebene hinterher. Der Bundesrat fördert stattdessen lieber freiwillige Business-Initiativen wie Sustainable Textiles Switzerland 2030 und nutzt diese dann als Feigenblatt, um die eigene Regulierungsverantwortung herunterzuspielen und gesetzliche Massnahmen zu verzögern. Er bleibt beim Laissez-faire-Ansatz, statt der Industrie klare Leitplanken für die nötige Nachhaltigkeitswende zu setzen.

Dabei ist klar, dass die Textilbranche die notwendige soziale und ökologische Transformation nur schaffen wird, wenn der Gesetzgeber für alle Akteure geltende Vorgaben macht. ■

*Am 24. April 2023 findet auf dem Waisenhausplatz in Bern ab 12.30 Uhr eine Mahnwache zum Gedenken an die Tragödie von Rana Plaza statt (siehe Rückseite dieses Magazins).*

## Die Forderungen von Public Eye

Hersteller und Händler, die in der Schweiz Bekleidung und Schuhe in den Verkauf bringen, müssen aus Sicht von Public Eye folgende Anforderungen erfüllen:

- Sie müssen Prüfungen der menschenrechtlichen Sorgfalt durchführen.
- Sie müssen sicherstellen, dass die Löhne in der Produktion existenzsichernd sind.
- Wo dies noch nicht der Fall ist, müssen sie aufzeigen, wie sie erreichen wollen, dass in ihrer Lieferkette innerhalb eines bestimmten Zeitraums überall Existenzlöhne bezahlt werden.

Eine weitere wichtige Voraussetzung, um ausbeuterische Praktiken zu verhindern, ist Transparenz in den Lieferketten. Hersteller und Händler müssen daher offenlegen,

- in welchen Produktions- und Verarbeitungsbetrieben ihre Produkte hauptsächlich gefertigt und verarbeitet werden;
- welche menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken sie bei der Herstellung der Produkte identifizieren und welche Massnahmen sie ergreifen, um diese Risiken zu minimieren oder bestehende Missstände zu beheben;

- wie hoch die in diesen Produktions- und Verarbeitungsbetrieben gezahlten Löhne mindestens sind.

Die Informationen müssen öffentlich kommuniziert, leicht zugänglich und verständlich formuliert sein. Produkte, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, dürfen in der Schweiz weder beworben noch verkauft werden. Für die Umsetzung braucht es geeignete Durchsetzungsmechanismen wie Kontrollen und Sanktionsmassnahmen. Zudem muss es die Möglichkeit einer Wiedergutmachung für Betroffene durch zivilrechtliche Haftung geben.

### Gesundheitsschutz und die Sicherheit am Arbeitsplatz

Als weiteren konkreten Schritt sollte die Schweiz die zwei neuen Kernkonventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz (C 155 und 187) sowie die Konvention 121 für Entschädigungszahlungen ratifizieren. Im Juni 2022 hat die ILO den Gesundheitsschutz und die Sicherheit am Arbeitsplatz gestärkt, indem sie zwei Konventionen (C 155 und C 187) zu Kernarbeitsnormen (und damit zu universell gültigen Menschenrechten) aufgewertet hat. Die Schweiz hat diese (im Gegensatz zu den anderen Kernkonventionen) noch nicht ratifiziert. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.





# Mehr Schutz für Textil- arbeiter\*innen in Pakistan

Das verbindliche internationale Abkommen für Sicherheit und Gesundheit in der Bekleidungs- und Textilindustrie wird auf Pakistan ausgeweitet. Das rechtlich durchsetzbare Arbeitsschutzabkommen zwischen Gewerkschaften und Modemarken wird den pakistanischen Arbeiter\*innen in der Bekleidungs- und Textilindustrie wichtige neue Schutzmassnahmen eröffnen, wie sie Bangladesch seit bald zehn Jahren kennt.

ELISABETH SCHENK UND ROMEO REGENASS

Nach jahrelangem Kampf für die Ausdehnung des Abkommens auf Pakistan wurde im Dezember 2022 die Einführung des Pakistan Accord angekündigt. Dieser orientiert sich am Abkommen über Brandschutz und Gebäudesicherheit in Bangladesch (Bangladesh Accord), das nach dem Einsturz der Rana-Plaza-Fabrik im Jahr 2013, bei dem 1138 Menschen ums Leben kamen, unterzeichnet worden war. Diese Vereinbarung hat die Bekleidungsindustrie in Bangladesch verändert: In mehr als 1600 Fabriken, in denen insgesamt 2,5 Millionen Arbeiter\*innen beschäftigt sind, wurden wichtige Sicherheitsmassnahmen eingeführt.

## **Desolate Gebäudesicherheit auch in Pakistan**

Beim schlimmsten Brand in der Geschichte der Bekleidungsindustrie Pakistans, demjenigen in der Fabrik Ali

Enterprises in Karatschi im Jahr 2012, starben mehr als 250 Menschen. Wie bereits beim Fabrikeinsturz von Rana Plaza in Bangladesch haben die freiwilligen Kontrollsysteme der Modefirmen, die Fabrikaudits, die Textilarbeiter\*innen in Pakistan nicht vor dem Tod geschützt. Die Gebäudesicherheit in den Textilfabriken Pakistans ist sehr mangelhaft: Immer wieder kommt es zu Verletzungen und Todesfällen, wie der Bericht «Deadly Safety Hazards» (Tödliche Sicherheitsrisiken) der von Public Eye mitgetragenen Clean Clothes Campaign vom November 2022 zeigt. Die Ausweitung des Internationalen Abkommens für Gesundheit und Sicherheit auf Pakistans Textilsektor war daher dringend notwendig.

Wie auch das internationale Abkommen, das unterdessen von 190 Marken unterzeichnet wurde, enthält jenes für Pakistan zentrale Mechanismen der



Rechenschaftspflicht, mit denen die Sicherheit der Textilarbeiter\*innen verbessert werden soll.

#### Das Pakistanabkommen

- Das Pakistanabkommen schreibt nach umfassenden Gesundheits- und Sicherheitsinspektionen zeitgebundene Renovierungspläne zur Beseitigung von Gefahren vor.
- Es stellt sicher, dass die Zulieferer über die Mittel verfügen, um die Renovierungsarbeiten zu bezahlen.
- Es bietet den Arbeitnehmer\*innen eine vertrauliche Möglichkeit, dringende Sicherheits- und Gesundheitsprobleme anzusprechen, sodass für rasche Abhilfemassnahmen gesorgt werden kann.
- Es ist aussergewöhnlich transparent.
- Es ermöglicht die rechtliche Durchsetzbarkeit der Verpflichtungen der Modeunternehmen.

#### Alle Modemarken sollten dem Abkommen beitreten

Alle Unternehmen, die in Pakistan produzieren lassen, sind jetzt aufgefordert, das Abkommen zu unterzeich-

nen, damit die Gesundheit der Textilarbeiter\*innen und die Gebäudesicherheit in den Fabriken gewährleistet sind, in denen die Modeunternehmen ihre Kleidung produzieren lassen.

Ein im Juli 2022 veröffentlichter Bericht der Clean Clothes Campaign und des Wales Institute of Social and Economic Research and Data (Wiserd) an der Universität Cardiff ergab, dass 85 % der befragten Arbeiter\*innen im Brandfall keinen Zugang zu Fluchttreppen haben. 20 % der Arbeiter\*innen gaben an, dass es an ihrem Arbeitsplatz keine Brandschutzübungen gab und dass sie die Fluchtwege und Notausgänge nicht kennen.

Unter den 35 Marken, die bis zum 14. Februar 2023 den Pakistan Accord unterzeichnet haben, sind die in der Schweiz tätigen Aldi, C&A, H&M, Inditex/Zara, Tchibo und Zalando, nicht aber die Schweizer Billigmodemarke Tally Weijl, die nach unseren Informationen (Stand 2018) in Pakistan produzieren lässt.

Während der Bangladesh Accord bereits 2013 eingeführt wurde, mussten die Arbeiter\*innen der Bekleidungs- und Textilindustrie in Pakistan ein Jahrzehnt auf diesen wichtigen Fortschritt warten. «Wenn genügend Modeunternehmen unterzeichnen, müssen die Arbeiter\*innen nicht mehr um ihr Leben fürchten, wenn sie zur Arbeit gehen, und sie wissen, an wen sie sich wenden können, wenn ihre Fabrik unsicher ist. Die Stärke des Abkommens liegt darin, dass die Gewerkschaften bei der Entscheidungsfindung die gleiche Macht haben wie die Unternehmen», sagt Nasir Mansoor, Generalsekretär des Nationalen Gewerkschaftsbundes in Pakistan.

#### Grosse Namen wie Levi's und Ikea fehlen

Mansoor fordert insbesondere Firmen wie Levi's oder Ikea, die den Bangladesh Accord nicht unterzeichnet hatten und damit ihrer Verantwortung nicht nachgekommen sind, dass sie in Pakistan eine andere Haltung einnehmen und die Sicherheit der Arbeiter\*innen schützen, die für sie arbeiten. Noch vor einem Jahr sind in einer Zulieferfirma von Levi's in Karatschi vier Menschen ums Leben gekommen.

Nun muss das Modell des rechtlich verbindlichen Abkommens auf andere Länder ausgeweitet werden. Deshalb sind alle Modefirmen dazu aufgerufen, das Internationale Abkommen für Sicherheit und Gesundheit zu unterzeichnen – auch diejenigen, die nicht oder nur wenig in Bangladesch oder Pakistan produzieren lassen. Ihre bisherige Ausrede, das Abkommen aus diesem Grund nicht zu unterzeichnen, ist nun erst recht obsolet. Wir hoffen, dass die Arbeitnehmer\*innen in anderen wichtigen Produktionsländern nicht weitere zehn Jahre auf eine Verbesserung ihrer Arbeitssicherheit warten müssen. ■

## Entlassene Arbeiter\*innen in Kroatien werden entschädigt

Im August 2021 war die Textilfabrik Orljava im kroatischen Požega Konkurs gegangen. Sie produzierte in erster Linie für den deutschen Hemden- und Blusenhersteller Olymp – und das seit 50 Jahren. Als Folge der Pandemie hatte Olymp die Aufträge drastisch gekürzt, ab April 2021 wurde gar nichts mehr bestellt, sodass Orljava schliessen musste.

Vom Staat hatten die Entlassenen eine Abfindung von drei Monatslöhnen erhalten. Die von Public Eye mitgetragene Clean Clothes Campaign (CCC) hatte zusammen mit der lokalen Gewerkschaft Novi Sindikat in einer Kampagne zusätzliche fünf Monatslöhne gefordert. Mit Erfolg: Im März hat der kroatische Staat sich bereit erklärt, Entschädigungszahlungen von 491074,40 Euro an 237 ehemalige Arbeiter\*innen zu zahlen. Die CCC wird jedoch weiterhin Druck auf Olymp ausüben; die Firma soll sich nicht aus der Verantwortung ziehen können.

## «Wir müssen reden» ist bereits in der Champions League der Schweizer Podcasts angekommen

Public Eye schaut genau hin, wo andere gerne hätten, dass ihre Aktivitäten im Verborgenen bleiben. Das macht auch unser Podcast «Wir müssen reden», der im Februar 2022 gestartet wurde. Und das erfolgreich. Mit 9200 regelmässigen Zuschauer\*innen und fast 200 000 Views auf Youtube hat das neue Format seine Fans gefunden. Die Nomination für die Suisse Podcast Awards zeigt, dass Public Eye damit auch in der Schweizer Podcast-Landschaft positiv auffällt.

GÉRALDINE VIRET UND DAPHNE GROSSRIEDER

Mittwoch, 15. März, im angesagten Plaza Club in Zürich. Die besten Podcaster\*innen der Schweiz treffen sich, um den Reichtum und die Vielfalt eines Formats zu feiern, das im Internet immer mehr Zuspruch findet. Erst ein Jahr alt ist unser Baby, und schon ist «Wir müssen reden. Public Eye spricht Klartext.» für die Suisse Podcast Awards nominiert, mit denen Akteur\*innen der Audiobranche den Menschen hinter den Worten eine Bühne geben wollen. Die wichtigsten Auswahlkriterien waren: Relevanz, Einzigartigkeit, Zeitgeist, Qualität und Reichweite. «Willkommen in der Champions League des Schweizer Podcasts», eröffnet der Moderator den Abend im Club.

Um es gleich zu sagen: Wir haben keinen Preis gewonnen. Aber die Nominierung zeigt, dass sich die Energie und die Zeit, die unser Team in die Realisation von engagierten und zeitgemässen Podcast-Folgen investiert hat, gelohnt haben.

### Ehrgeiziger Produktionsrhythmus

«Wir müssen reden» und sein französisches Pendant «Mon œil!» entschlüsseln Themen, die unserer Organisation am Herzen liegen und bei denen die Schweiz und ihre multinationalen Unternehmen oft eine führende Rolle spielen. Der Produktionsrhythmus ist ehrgeizig: Wir

### Ein Jahr Public Eye Podcast in Zahlen



**24**

24 Episoden  
3 Staffeln



**197**

Tage lang  
zugeschaut



**9200**

regelmässige  
Zuschauer\*innen

### Wir müssen reden

Public Eye spricht Klartext



**196 309**

Views auf Youtube



**25**

Gäste aus Politik, Wissenschaft,  
Aktivismus, Kultur – und  
von Public Eye

realisieren zwei Episoden von etwa 20 Minuten pro Monat, und das in zwei Sprachen. An Themen mangelt es nicht, wie die 49 Episoden zeigen, die seit Februar 2022 auf Deutsch und Französisch produziert wurden. In der rechten Spalte finden Sie die fünf beliebtesten deutschsprachigen Episoden des ersten Produktionsjahres.

### Hintergründe von Recherchen audiovisuell beleuchten

Der gefilmte Podcast ist ein hervorragendes Format, um mit audiovisuellen Mitteln, unterstützt durch Videos und Fotos, über die Hintergründe einer Public Eye Recherche zu berichten, zum Beispiel über die schmutzigen Methoden der Schweizer Rohstoffkonzerne in Australien. Oder um aktuelle Themen zu vertiefen, wie den 10. Jahrestag der Tragödie in der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch, bei der 1128 Menschen starben und über 2000 zum Teil schwer verletzt wurden. Am Mikrophon sind einerseits Fachleute und Journalist\*innen von Public Eye, aber auch interessante Gäste, die mit Sachverstand und Leidenschaft die Fragen unserer beiden Moderatoren, Nico Meier und Damian Veiga, beantworten.

### Pionierleistung von Public Eye

In der Schweiz gibt es heute über 500 Podcasts, die von traditionellen Medien, Unternehmen, Non-Profit-Organisationen oder auch Privatpersonen erstellt werden. Public Eye gehört zu den ersten Nichtregierungsorganisationen in der Schweiz, die sich auf das Abenteuer eingelassen haben. Grossartig unterstützt werden wir dabei von Alain Wirth und Didier Crepey von der Westschweizer Produktionsfirma Planfilms und dem unabhängigen Toningenieur Julien Matthey.

Der Aufbau eines treuen Publikums braucht Zeit, aber die Zahlen auf Youtube – der wichtigsten Plattform für die Verbreitung unserer Podcasts – zeugen bereits vom Erfolg unseres Ansatzes (siehe unsere Infografik auf der vorhergehenden Seite), der auch Jüngere ansprechen soll. Ein schönes und kreatives Abenteuer, damit unsere Hörer\*innen und Zuschauer\*innen von heute vielleicht die Mitglieder von morgen werden. ■



Abonnieren Sie unseren Podcast «Wir müssen reden»:  
[publiceye.ch/podcast](https://publiceye.ch/podcast)

## Die fünf beliebtesten Episoden



### 1. Was ist Klimagerechtigkeit?

Die indische Klimaaktivistin und Wissenschaftlerin Payal Parekh zu Klimakrise und Energiewende.



### 2. WM in Katar: Zwangsarbeit, Ausbeutung und Todesfälle

Lisa Salza von Amnesty International Schweiz über die gravierenden Fouls von Katar und Fifa.



### 3. Palmöl: Schuld an Landraub und Abholzung?

Johanna Michel vom Bruno-Manser-Fonds über Landraub im malaysischen Regenwald.



### 4. Wenn Reiche und Mächtige NGOs verklagen

Angela Mattli, Co-Geschäftsleiterin von Public Eye, zu Pressefreiheit und Einschüchterungsklagen.



### 5. Unkontrollierte Überwachung von politisch Engagierten

Christa Luginbühl, Co-Geschäftsleiterin von Public Eye, und Balthasar Glättli, Präsident der Grünen Schweiz, zum Fichenskandal 2.0.





## #StoppKohle: Aktion zum Welttag der Erde

Zum Welttag der Erde am Samstag, 22. April, organisieren Public Eye und seine Freiwilligen verschiedene Aktionen in Schweizer Städten, um die Bevölkerung für die Rolle unseres kleinen Landes im internationalen Handel mit der schmutzigsten aller Energien, der Kohle, zu sensibilisieren. 40% des globalen Kohlehandels werden von der Schweiz aus abgewickelt, womit wir in diesem schmutzigen Geschäft weltweit an erster Stelle stehen.

Der Tag der Erde wird jeden 22. April gefeiert und lädt uns alle dazu ein, nach unseren individuellen Möglichkeiten etwas Konkretes für den Planeten zu tun. Wie wäre es, wenn Sie dieses Jahr Freiwillige und Mitarbeiter\*innen von Public Eye an einer der geplanten Aktionen treffen würden? Dabei werden Sie erfahren, was die klimaschädlichste aller Energiequellen anrichtet, die im Jahr 2021 für 40% des Anstiegs der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich war.

In Bern, Winterthur, Zug, Lausanne, Neuenburg und anderswo werden Dutzende Freiwillige Unterschriften für unsere Petition #StoppKohle sammeln, die den Bundesrat und das Parlament auffordert, ihre Verantwortung angesichts der Klimakrise wahrzunehmen und zu beschliessen, bis 2030 aus dem Handel mit klimaschädlicher Kohle auszusteigen. Denn die Schweiz hat sich 2021 zwar für einen vollständigen Kohleausstieg eingesetzt, aber ihre aktuelle Klimapolitik berücksichtigt den Kohlehandel überhaupt nicht.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung an diesem Tag oder bis zum 27. Juni, an dem die Petition in Bern übergeben wird.

*Informationen über geplante Aktionen finden Sie unter [publiceye.ch/aktionstag-kohle](https://publiceye.ch/aktionstag-kohle). Oder schreiben Sie eine E-Mail an [regrus@publiceye.ch](mailto:regrus@publiceye.ch).*



Engagieren Sie sich  
in einer Regionalgruppe:  
[publiceye.ch/regrus](https://publiceye.ch/regrus)

## Verbotene Pestizide: gute Nachrichten aus Frankreich

**Nach den Enthüllungen von Public Eye im November 2022 hat die französische Regierung angekündigt, dass sie das Gesetz verschärfen wird, um den Export verbotener Pestizide zu verhindern.**

Frankreich exportiert weiterhin verbotene Pestizide, obwohl ein Gesetz verabschiedet wurde, das diese Praxis ab dem 1. Januar 2022 verbietet. Dies enthüllten wir am 30. November letzten Jahres in einer neuen brisanten Untersuchung, die in Zusammenarbeit mit Uearthed, der Rechercheinheit von Greenpeace Grossbritannien, durchgeführt wurde.

Die neue Gesetzgebung ist zwar in Kraft getreten, aber zahlreiche Schlupflöcher ermöglichen es der Industrie, verbotene Pestizide weiterhin legal aus Frankreich zu exportieren. Über 7400 Tonnen davon wurden im vergangenen Jahr für den Export nach Brasilien, in die Ukraine, nach Russland, Mexiko, Indien oder Algerien zugelassen.

Unsere Recherche erschien auf der Titelseite von «Le Monde» und wurde von den wichtigsten Zeitungen Frankreichs aufgegriffen. Am 13. Dezember letzten Jahres hat der Minister für den ökologischen Übergang, Christophe Béchu, in einer Fragerunde in der Nationalversammlung angekündigt, dass das Gesetz verschärft werden soll, um den Export von verbotenen Pestiziden aus Frankreich zu verhindern.

«Das wird korrigiert werden», sagte Béchu, und fügte hinzu, dass er daran arbeite, mit Landwirtschaftsminister Marc Fesneau «einen Umsetzungserlass fertigzustellen». Der Minister forderte ausserdem eine «europäische Solidarität», um diese Exporte in allen europäischen Ländern endgültig zu verbieten.

# Nie wieder Rana Plaza!

Mahnwache am 24. April 2023 in Bern –  
ab 12.30 Uhr auf dem Waisenhausplatz

Beim Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch am 24. April 2013 kamen 1138 Menschen ums Leben, mehr als 2000 wurden verletzt. Die Opfer und deren Familien kämpfen noch heute mit den Folgen. Anlässlich des 10. Jahrestages der Tragödie gedenken wir der Betroffenen.

Rana Plaza hat die gravierenden Misstände in der Textilindustrie wie nie zuvor offengelegt: ausbeuterische Einkaufspraktiken, prekäre Arbeitsbedingungen, Unterdrückung von Gewerkschaften, Armutslöhne und Verschwendung von Ressourcen.



**Unsere Forderung in der Schweiz: eine gesetzliche  
Regulierung für mehr Verantwortung und Transparenz.**

Seit 2013 hat sich die Arbeitssicherheit in Bangladesch zwar erhöht: Mit dem «Bangladesh Accord» konnte ein Abkommen umgesetzt werden, das für Millionen von Arbeiter\*innen Verbesserungen brachte. Und seit Kurzem gilt auch in Pakistan ein ähnliches Abkommen.

Trotzdem braucht es unsere Arbeit weiterhin, denn die Geschäftsmodelle der Branche sind weitgehend dieselben geblieben. Wir fordern die Schweiz auf, von der Textilindustrie auf gesetzlichem Weg Transparenz zu Lieferketten und Arbeitsbedingungen zu verlangen.

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstößen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dinerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich  
Tel. +41 (0)44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch  
Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

[publiceye.ch](http://publiceye.ch)

[fb publiceye\\_ch](https://www.facebook.com/publiceye_ch) [yt @PublicEye](https://www.youtube.com/channel/UC8wv8v8v8v8v8v8v8v8v8v8) [tw @publiceye\\_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch) [fb @publiceye.ch](https://www.linkedin.com/company/publiceye_ch) [ig @publiceye\\_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch)



Globale  
Gerechtigkeit  
beginnt bei uns

**Public Eye**